

PFLEGEKINDERWESEN

Beiträge zur aktuellen Qualitätsdiskussion

Schwerpunkt Pflegekinderwesen: Ergebnisqualität und fachliche Weiterentwicklung in der Pflegekinderhilfe :: Auf dem Weg zu Qualitätsstandards in der Pflegekinderhilfe :: Wird das Pflegekinderwesen zur Pflegekinderhilfe? :: Projekt Pflegekinderstimme :: Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre

Weitere Themen: Kinderschutz und Frühe Hilfen in Israel:: Internationale Jugendbegegnung an Orten der Erinnerung :: Gespräch mit Peter Petschuleit, Werkpädagoge bei der Jugendberufshilfe Düsseldorf :: »Time out« – Reintegration nach Schulverweigerung :: Chancenreich gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut

LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl 



Qualität für Menschen

Editorial	5
-----------------	---

SCHWERPUNKT: Pflegekinderwesen

Leistungen und Angebote des LVR-Landesjugendamtes Rheinland	6
Ausgewählte Forschungsergebnisse aus dem Projekt »Pflegekinderhilfe«	8
Wird das Pflegekinderwesen zur Pflegekinderhilfe?	14
Auf dem Weg zu Qualitätsstandards in der Pflegekinderhilfe	17
Werkstatt- und Erfahrungsberichte	21
Projekt Pflegekinderstimme	24
Erfahrungsbericht	26
Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre	27

Aus dem LVR-Landesjugendamt

»Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendbegegnung an Orten der Erinnerung« ...	30
Kinderschutz und Frühe Hilfen in Israel	32
Jahrestagung der Zentralen Adoptionsstellen	37
Das Jugendamt – Unterstützung, die ankommt	39
Aktuelles aus der Gesetzgebung	40

Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Bericht über die Sitzung am 30. September 2010	42
--	----

Ganztag

Ausbau des Ganztags geht weiter	42
---------------------------------------	----

Rund um die Jugendhilfe

Gespräch mit dem Werkpädagogen Peter Petschuleit	45
»Time out« – Reintegration nach Schulverweigerung	47
»Chancenreich – gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut«	50

Publikationen & Rezensionen

Hinweise auf Neuerscheinungen und Rezensionen	53
---	----

Veranstaltungen

Fortbildungsveranstaltungen des LVR-Landesjugendamtes Rheinland	56
»ganz!Treffend« – Ganztagschulen als Orte der Begegnung	58

Impressum	58
-----------------	----

.....

Der nächste JUGENDHILFEREPORT 01.11 erscheint mit dem Schwerpunkt **Jugendfreiwilligen-**
dienste.

.....



LVR-LandesMuseum Bonn

Renaissance am Rhein

16.09.2010
-
06.02.2011

LVR
LandesMuseum
Bonn

LVR
Qualität für Menschen

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Jahr 2006 wurde dem Pflegekinderwesen ein erstes Schwerpunktheft des Jugendhilfe-reports gewidmet. Seitdem hat sich viel getan. Die Fachberatung im LVR-Landesjugendamt hat mit den Kolleginnen und Kollegen der Jugendämter und freien Träger Rahmenkonzeptionen entwickelt, Arbeitshilfen erstellt, Schwerpunktthemen in Tagungen und Fortbildungen aufgegriffen, eine gezielt ausgerichtete Datenerhebung vorgenommen und ein Modellprojekt in Kooperation mit der Universität Siegen und rheinischen Jugendämtern aufgelegt, um so die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards zu ermöglichen. Diese Bemühungen sind notwendig aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, der steigenden Anforderungen an die Fachkräfte und der zunehmenden Belastungen der Kommunalhaushalte. Das Pflegekinderwesen hat seine Effektivität und Effizienz zu beweisen.

Die Organisation und Ausgestaltung der Hilfe in den Kommunen ist vielfältig. Neben der Chance, auf lokaler Ebene neue Strategien zu entwickeln, haben sich Standards und Rahmenbedingungen vielerorts angeglichen. Qualitätsentwicklungsprozesse sind fortgeschritten und Netzwerke konnten ausgebaut werden. Dadurch hat das Pflegekinderwesen an Beachtung und Bedeutung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung gewonnen. Unser Ziel ist, die Fachberatung, die Herkunftsfamilien und die Pflegefamilien durch die Weiterentwicklung fachlicher Standards und Rahmenbedingungen im Interesse der uns anvertrauten jungen Menschen weiter zu unterstützen.

In diesem Heft erhalten Sie einen Überblick über die Entwicklungen der letzten vier Jahre, das Angebot im Pflegekinderwesen und was sich darüber hinaus in der Weiterentwicklung befindet. Sie sind herzlich eingeladen, sich aktiv an der Qualitätsentwicklung im Pflegekinderwesen zu beteiligen.

Ihr



Reinhard ELZER
LVR-Dezernent Jugend



Leistungen und Angebote der Fachberatung »Pflegekinderwesen« des LVR-Landesjugendamtes

Von Ursula Hugot

Vollzeitpflege gemäß § 33 Satz 1 SGB VIII ist eine zunehmend an Bedeutung gewinnende Form der Hilfe zur Erziehung, mit der Kindern und Jugendlichen eine zeitlich befristete oder auf Dauer angelegte Lebensform in einer anderen Familie geboten werden soll, sofern die Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie dies erfordern. Bei zeitlich befristeten Pflegeverhältnissen ist der Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie besondere Beachtung zu schenken. Dies ist bei Kindern mit biologischen und sozialen Eltern eine erhebliche fachliche Herausforderung.

Das Verhältnis der Vollzeitpflege betrug im Jahr 2000 44 % gegenüber der Heimerziehung mit 56 %. Im Jahr 2008 standen 49 % Vollzeitpflegeverhältnissen 51 % Heimunterbringungen gegenüber.¹ Dieser Trend, das bestätigt die Praxis, setzt sich fort und es ist zu beobachten, dass es in den Kommunen Überlegungen zum weiteren Ausbau des Pflegekinderwesens gibt.

Auch der Bedarf und das Interesse an Standards und Qualitätsentwicklung haben zugenommen. In zahlreichen Veröffentlichungen, Fachartikeln und auf Fachtagungen wurde über abweichende Organisationsformen, fachliche Standards, Verfahren, Personalschlüssel, aber auch Leistungen und Beihilfen diskutiert. Für das Pflegekinderwesen gilt »Es gibt nichts, was es nicht gibt«.

Dies führt vor allem dann zu Schwierigkeiten, wenn ein Zuständigkeitswechsel, insbesondere gemäß § 86 Abs. 6 SGB VIII, ansteht. Aus diesem Grund hat das LVR-Landesjugendamt eine praxisorientierte Arbeitshilfe zur Umsetzung des § 86 Abs. 6 SGB VIII, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendämtern und von freien Trägern, erarbeitet.

Professionelles Handeln erfordert gemeinsame Begrifflichkeiten und Definitionen, Beschreibungen des Leistungsangebotes, Verfahrensweisen und Mindeststandards. So entstand die Rahmenkonzeption »Pflegekinderdienst« (PKD) im Jahr 2009. Die Familiäre Bereitschaftsbetreuung (FBB) ist eine spezielle Form der Hilfe zur Erziehung gemäß § 42 SGB VIII in Verbindung mit § 33 SGB VIII und greift in besonders krisen- und schicksalhaften Situationen für das Kind oder den Jugendlichen. Auch dieses Angebot hat sich deutlich weiter entwickelt. Da es zwischen den einzelnen Kommunen Gemeinsamkeiten, aber auch eine rechtlich, fachlich, sachlich und finanziell unterschiedliche Praxis gibt, erfolgte im Jahr 2010 eine Überarbeitung der ersten Rahmenkonzeption »Familiäre Bereitschaftsbetreuung«.

Zu besonderen Fragestellungen gibt das LVR-Landesjugendamt Rundschreiben heraus. Um den Arbeitsalltag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachdienste zu erleichtern und zu vereinheitlichen, sind Vordrucke z. B. für die Suche von Pflegestellen oder für ärztliche Bescheinigungen entwickelt worden.



Ursula HUGOT
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
ursula.hugot@lvr.de

Das LVR-Landesjugendamt bietet seit über vier Jahren regelmäßige Treffen für die Fachkräfte im Pflegekinderwesen und für die Fachkräfte in der Familiären Bereitschaftsbetreuung an. Aus diesen Arbeitskreisen haben sich die »Fachgruppe Qualität im Pflegekinderwesen« und die »Fachgruppe Qualität in der Familiären Bereitschaftsbetreuung« entwickelt.

Im jährlichen Wechsel finden für die Fachkräfte im Pflegekinderdienst und in der Familiären Bereitschaftsbetreuung zweitägige Fortbildungsangebote statt. Die Themensetzung und die Vorbereitung der Veranstaltung erfolgen in enger Kooperation zwischen den Fachkräften und dem LVR-Landesjugendamt. So ist sichergestellt, dass das Angebot bedarfsgerecht und praxisorientiert ausgerichtet ist. In diesen Vorbereitungsgruppen ist über einen längeren Zeitraum zum gleichen Thema mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Jugendämtern, von freien Trägern, vom Schwesterverband Westfalen-Lippe und dem Pflegeelternverband PAN e.V. im Rheinland ein intensiver fachlicher Austausch möglich.

Die Kommunen stehen in Folge der gesamtwirtschaftlichen Situationen unter erheblichem Kostendruck. Will man effektiv und effizient mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen, muss, wenn fachlich begründet, auch nach kostengünstigeren Alternativen neben vollstationären Unterbringungen in Institutionen der Jugendhilfe gesucht werden. Das Kindeswohl als oberste Maxime und der im Einzelfall bestehende Bedarf² sind sorgfältig zu prüfen, festzustellen und zu decken. Nicht für alle Kinder und Jugendlichen, die fremd untergebracht werden müssen, ist eine Unterbringung in einer Pflegefamilie die richtige Lösung. Die Entscheidung über die Unterbringung eines Kindes darf nicht von rein ökonomischen Überlegungen geprägt sein. Ein sach- und fachgerechtes Angebot gelingt nur, wenn genügend qualifiziertes Personal in den Pflegekinderdiensten für Akquise, Beratung, Krisenintervention oder einfach als Ansprechperson zur Verfügung steht.

Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen das bürgerschaftliche Engagement der Pflegepersonen ausreichend würdigen und verlässliche Vereinbarungen im Zuge von Pflegeverträgen weitestgehende Rechtssicherheit für die Pflegefamilien gewährleisten. Die Vielfalt und die regionalen Unterschiedlichkeiten im Pflegekinderwesen sollten positiv für die Weiterentwicklung genutzt werden, ohne dass Standards z. B. beim Personalschlüssel oder bei den Leistungen und Beihilfen gravierend divergieren.

Ich freue mich sehr, dass wir für diesen Jugendhilfereport zum Schwerpunktthema »Pflegekinderwesen« Dr. Heinz Kindler vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) und Dr. Thomas Meysen vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF), Prof. Klaus Wolf von der Universität Siegen, Judith Pierlings, Dirk Schäfer sowie Daniela Reimer vom Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen, vier am Modell beteiligte Kommunen, den Pflegeelternverband PAN e.V. und Henrike Hopp für informative, spannende und kritische Beiträge gewinnen konnten.

¹ Basierend auf einer Stichtagserhebung vom 31.12.2007, an der 86 Jugendämter aus dem Rheinland teilgenommen haben, lebten 7563 Kinder in Pflegefamilien. Weitere differenzierte Zahlen, Darstellungen und Interpretationen entnehmen Sie bitte der Arbeitshilfe des LVR-Landesjugendamtes »Was Sie schon immer wissen wollten ...« von Januar 2009.

² vgl. dazu § 27 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII.

Alle Veröffentlichungen, Arbeitshilfen, Rahmenkonzeptionen, Erhebungen, Dokumentationen von Veranstaltungen und Rundschreiben finden Sie auf der Internetseite des Landschaftsverbandes Rheinland unter www.lvr.de > Jugend > Fachthemen > Erziehungshilfe

Ergebnisqualität und fachliche Weiterentwicklung in der Pflegekinderhilfe

Ausgewählte Forschungsergebnisse aus dem Projekt »Pflegekinderhilfe«

Von Dr. Heinz Kindler und Dr. Thomas Meysen

SYSTEMZIELE DER PFLEGEKINDERHILFE

In Deutschland leben etwa 50.000 Kinder und Jugendliche im Rahmen von Hilfe zur Erziehung nach § 33 SGB VIII als Pflegekinder in einer Pflegefamilie, berechnet auf einen (beliebigen) Stichtag. In älteren wie neueren Befragungen wird von fallzuständigen Fachkräften der Jugendämter angegeben, bei der Mehrzahl der Kinder habe vor der Fremdunterbringung in der Herkunftsfamilie eine Kindeswohlgefährdende Situation bestanden (z. B. Blüml & Gudat 1992; Thrum 2007). Die Mehrzahl der Maßnahmen ist längerfristig angelegt.

Als Form von Hilfe zur Erziehung soll die Unterbringung in einer Pflegefamilie nach § 1 Abs. 3 SGB VIII dazu beitragen, die Entwicklung betroffener Kinder zu fördern und Benachteiligungen abzubauen. Entsprechend § 37 Abs. 1 SGB VIII soll während der Unterbringung zunächst versucht werden, die Erziehungsfähigkeit der Eltern wiederherzustellen. Gelingt dies nicht, soll eine langfristige Perspektive für das Kind erarbeitet werden, etwa die stabile Unterbringung in einer Pflegefamilie während der Jahre des Aufwachsens. Mögliche Indikatoren für die Ergebnisqualität in der Pflegekinderhilfe als System wären entsprechend:

- Wie viele Pflegekinder nehmen eine psychisch gesunde Entwicklung?
- In welchem Ausmaß eröffnen sich für Pflegekinder Bildungs- und soziale Teilhabechancen?
- Wie häufig ist es möglich, innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach der Fremdunterbringung die Erziehungsfähigkeit der Herkunftseltern dauerhaft wiederherzustellen?
- Wie gut gelingt es, Kindern andernfalls eine dauerhafte Perspektive zu eröffnen, d. h., weitere Erfahrungen von Beziehungsabbrüchen und Umplatzierungen möglichst zu vermeiden?

Ein Anliegen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanzierten und vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) sowie dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) durchgeführten Projektes war, empirische Befunde zu zentralen Zieldimensionen der Pflegekinderhilfe zu erheben und diese in die Fachdiskussion rückzuspiegeln. Weiterhin wurden, analog zum »Handbuch Kindeswohlgefährdung« (Kindler et al. 2006), in einem »Handbuch Pflegekinderhilfe« (Kindler et al. im Druck) Verfahren zur Bewältigung schwieriger Einschätzungs- und Entscheidungssituationen für die Einzelfallpraxis entwickelt.

EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR ERGEBNISQUALITÄT IN DER PFLEGEKINDERHILFE

Um die Häufigkeit von Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit bei Pflegekindern abschätzen zu können, wurden in acht Orten alle Pflegeeltern angeschrieben und gebeten, den

»Elternfragebogen über das Verhalten von Kindern und Jugendlichen« auszufüllen. In einer parallelen, aber außerhalb des Projektes stattfindenden Untersuchung wurden in einem neunten Ort ebenfalls alle Pflegefamilien um Mitarbeit gebeten (Niepel 2008). In vier Orten wurden zusätzlich die jeweils fallzuständigen Fachkräfte des Jugendamtes um eine globale Einschätzung zur psychischen Gesundheit des Kindes sowie um Angaben zur Lebensgeschichte gebeten. Die resultierende Stichprobe weist im Hinblick auf Grobindikatoren (z. B. die Altersstruktur) große Ähnlichkeit mit anderen Stichtagserhebungen zu Pflegekindern in Deutschland auf.

Gestützt auf Angaben der Pflegeeltern in insgesamt fast 500 Fällen mit Pflegekindern, die zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 4 und 18 Jahren alt waren, ergab sich eine Rate von 29 % der Kinder, bei denen Verhaltensauffälligkeiten in klinisch relevantem Umfang angegeben wurden. Ein Einbezug des im Verfahren ausgewiesenen Grenzbereichs zur klinischen Auffälligkeit ergab einen Gesamtwert von 43 % der Kinder mit Hinweisen auf Einschränkungen der psychischen Gesundheit. Vom Profil der Auffälligkeiten her überwogen nach außen gerichtete Störungen, vor allem Aggressionen und Beeinträchtigungen der Aufmerksamkeitsregulation, gegenüber nach innen gerichteten Problematiken (z. B. Ängste, Depression). Die in einer Teilstichprobe befragten Fachkräfte berichteten bei 38 % der Kinder von behandlungsbedürftigen Verhaltensauffälligkeiten. Im Vergleich zum Durchschnitt der Kinder in Deutschland scheinen Pflegekinder damit 2–3-fach häufiger mit behandlungsbedürftigen Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit zu kämpfen zu haben. Im Verhältnis zu in Heimerziehung oder sonstigen betreuten Wohnformen stationär untergebrachten Kindern (z. B. Schmid 2007) sind sie aber weniger belastet.

Behandlungsangebot

Deshalb ist wichtig, inwieweit Kinder mit Anzeichen einer beeinträchtigten psychischen Entwicklung ein angemessenes Behandlungsangebot erhalten. Behandlung wurde definiert als laufende Psychotherapie, die Unterbringung in einer therapeutisch qualifizierten Pflegefamilie (Erziehungsstelle), eine teilstationäre Unterbringung (z. B. heilpädagogischer Hort) oder eine Begleitung der jetzigen Pflegefamilie durch eine ambulante Hilfe zur Erziehung. Bezogen auf eine von den Pflegeeltern beschriebene klinisch relevante Verhaltensproblematik lag die Quote nicht versorgter Pflegekinder bei 66 %, bezogen auf die Einschätzung der fallzuständigen Fachkraft lag sie bei 68 % und selbst wenn beide Informationsquellen, also Pflegeeltern und Fachkräfte, behandlungsbedürftige Auffälligkeiten des Kindes schilderten, waren 52 % der Kinder aktuell ohne angemessene Versorgung. Der Grad der Unterversorgung war unabhängig von der Regelung der elterlichen Sorge. Auch Pflegekinder über 16 Jahre, die vorhersehbar bald auf eigenen Füßen stehen müssen, befanden sich bei klinischen Auffälligkeiten nicht häufiger in Behandlung als der Durchschnitt der Pflegekinder. Zwar ist nicht klar, inwieweit die psychische Gesundheit von Pflegekindern durch eine verbesserte Versorgung tatsächlich gefördert werden könnte. Die Befunde sprechen aber klar dafür, dass die Pflegekinderhilfe als System aufmerksamer im Umgang mit abklärungsbedürftigen Hinweisen auf psychische Störungen werden sollte.

Soziale Teilhabe

Im Hinblick auf den für das Wohlergehen von Kindern bedeutsamen Aspekt der sozialen Teilhabe wurde von den befragten Fachkräften bei mehr als zwei Drittel der Fälle eine eingeschätzte positive Integration des Kindes in die Pflegefamilie beschrieben. Wurde als unabhängige Dimension auch die Integration und Beziehung des Kindes zur Herkunftsfamilie einge-



Dr. Heinz KINDLER
Deutsches Jugendinstitut
kindler@djji.de



Dr. Thomas MEYSEN
Deutsches Institut für Ju-
gendhilfe und Familienrecht
(DIJuF) e.V.
Thomas.meyesen@dijuf.de

schätzt, so zeigte sich die geringste Belastung durch klinisch relevante Verhaltensauffälligkeiten (20 %) bei Kindern, die sich sowohl der Pflegefamilie als auch der Herkunftsfamilie positiv zugehörig wussten. Die höchste Rate an Auffälligkeiten (52 %) zeigte sich bei Kindern, die das Zugehörigkeitsgefühl zu beiden Familiensystemen verloren hatten. Erwies sich ein inneres Zugehörigkeitsgefühl zu beiden Familiensystemen als nicht realisierbar, waren Kinder mit guter Integration in die Pflegefamilie weniger belastet (25 %) als Kinder, die zwar in der Pflegefamilie lebten, sich aber eigentlich vorrangig der Herkunftsfamilie zugehörig fühlten (41 %).

Etwas weniger positiv stellte sich das Bild im Hinblick auf die Integration von Pflegekindern in die Welt der Gleichaltrigen dar. Hierfür wurde ein Index mit drei Indikatoren gebildet (Anzahl an Freunden, Aktivitäten mit Freunden, Mitgliedschaft in Vereinen oder Jugendgruppen). Bei etwa 40 % der Pflegekinder deuteten zwei Indikatoren auf eine mangelnde Integration in die Gleichaltrigenwelt hin, bei 13 % sprachen alle drei Indikatoren für Probleme in diesem Bereich. Wenig überraschend hatten insbesondere Kinder mit unbehandelten aggressiven Verhaltensproblemen Schwierigkeiten sich einen positiven Zugang zu Gleichaltrigen zu erschließen.

Da die späteren Lebenschancen von Kindern wesentlich durch den Bildungserfolg bestimmt werden, wurde ebenfalls ein Index für bestehende Bildungsrisiken gebildet. Einbezogen wurden der angegebene Besuch einer Förderschule, mindestens eine wiederholte Klassenstufe sowie von den Pflegeeltern berichtete Lernschwierigkeiten. Mehr als zwei Drittel der bereits schulpflichtigen Pflegekinder wiesen mindestens eines dieser Risiken auf sowie mehr als ein Drittel zwei oder alle drei der Risikoindikatoren. Als Momentaufnahme lässt sich anhand des Befundes nicht abschätzen, in welchem Maß der Bildungserfolg von Pflegekindern durch gezieltere Fördermaßnahmen gesteigert werden könnte. Beunruhigen muss jedoch, dass in der deutschen Jugendhilfediskussion die Bildungsverläufe von Pflegekindern bislang kaum thematisiert werden, während dies international ein wichtiges Praxis- und Forschungsthema darstellt (für eine Forschungsübersicht siehe Scherr 2007).

Rückführungen

Im Hinblick auf Rückführungen zeigen Berechnungen auf der Grundlage der Jugendhilfestatistik, aber auch die Daten unserer Fallerhebungen, dass im Durchschnitt, bezogen auf alle zu Beginn eines Jahres in einer Pflegefamilie lebenden Kinder, etwa 4–5 % dieser Kinder am Ende des Jahres bei mindestens einem leiblichen Elternteil wohnen. Für geplante, sozialpädagogisch begleitete Rückführungsprozesse ergeben sich Raten von 2–3 %. Wird ein Kind nach § 33 SGB VIII in einer Pflegefamilie untergebracht, so scheinen sich die beteiligten Fachkräfte im Durchschnitt relativ rasch auf eine dauerhafte Unterbringung festzulegen. Jedenfalls wurde dies bei Pflegeverhältnissen von bis zu einem Jahr Dauer bei zwei Drittel der Fälle (65 %) und bei Pflegeverhältnissen bis zu zwei Jahren bei drei Viertel der Fälle (74 %) so angegeben. Entsprechend werden nach der Unterbringung nur in einer Minderheit der Fälle Hilfen zur Erziehung in der Herkunftsfamilie eingesetzt, die zudem in teilweise eher auf noch in der Familie lebende Geschwister, denn auf die Rückführung eines in Pflege lebenden Kindes zielen. Bei Pflegeverhältnissen bis zu einem Jahr erhielten nach unseren Daten 40 % der Herkunftseltern ambulante Hilfe zur Erziehung, bei Pflegeverhältnissen bis zu zwei Jahren 37 %. In der DJI/DIJuF-Fallerhebung konnten 29 Rückführungen über im Mittel 17 Monate hinweg verfolgt



Foto: Nailiaschwarz/
photocase.com

werden (Thrum 2008). Die Rückführungen erwiesen sich dabei mit großer Mehrheit als stabil und die (von den Eltern berichteten) Entwicklungsverläufe der Kinder als mehrheitlich positiv. In fast allen Fällen war vor und im Verlauf der Rückführung ein hoher Aufwand in Form eines Einsatzes von Therapien, Hilfen zur Erziehung und Umgangsbegleitungen nötig.

Eine Steigerung der Rückführungsquote um jeden Preis kann fachlich keine Option darstellen. Die vergleichsweise geringe

Anzahl an Rückführungen muss, trotz einer im europäischen Vergleich hohen Fremdunterbringungsquote in Deutschland (Thoburn 2007), nicht unbedingt auf eine fachliche Schwachstelle hindeuten, insofern aus anderen Ländern teilweise Raten von 20–30 % an scheiternden Rückführungen berichtet werden. Es ist aber möglich, dass empirisch fundierte Hilfskonzepte zur Wiederherstellung elterlicher Erziehungsfähigkeit fehlen und sich Fachkräfte deshalb relativ rasch und zwar auch in Fällen ohne vorangegangene Bereitschaftspflege auf eine dauerhafte Fremdunterbringung festlegen. In jedem Fall ist klar, dass intensivere Bemühungen der Jugendhilfe um stabile, Kindeswohlverträgliche Rückführungen einen hohen Aufwand bedeuten.

Verstetigung des Aufenthalts in der Pflegefamilie

Kommt es nicht zu einer Rückführung, so stellt die Verstetigung des Aufenthalts des Kindes in der Pflegefamilie die dann zu bevorzugende Option dar. Um zu überprüfen, inwieweit dieses Ziel verwirklicht werden kann, wurde bei Pflegekindern an der Schwelle zur Verselbstständigung die Anzahl der bisherigen Brüche im Leben erhoben. Bei den über 16 Jahre alten Pflegekindern hatten etwas mehr als 50 % zwei oder mehr Wechsel erfahren, 25 % der Jugendlichen hatten drei oder mehr Wechsel hinter sich und knapp 5 % waren von fünf oder mehr gravierenden Trennungen betroffen. Wurden vermutlich für die Bindungsentwicklung besonders relevante Trennungen in den ersten fünf Lebensjahren fokussiert, so wiesen knapp 40 % der Kinder bereits eine frühkindliche Trennungserfahrung auf. Aber nur eine kleine Gruppe von 8 % der Kinder hatte bereits in den ersten fünf Lebensjahren zwei oder mehr Wechsel erlebt. Erwartungsgemäß bestanden Zusammenhänge zwischen der Anzahl erfahrener Brüche und der psychischen Gesundheit bzw. der schulischen und sozialen Integration.

Es bedürfte kontrollierter Interventionsstudien, um zu erkunden, ob durch eine verbesserte Begleitung von Pflegefamilien und eine verbesserte therapeutische Versorgung von Pflegekindern die Anzahl erforderlich werdender Umplatzierungen weiter verringert werden könnte. In der internationalen Literatur finden sich dafür einige Hinweise. Einen zweiten Ansatzpunkt könnte ein verbesserter rechtlicher Schutz von Langzeitpflegeverhältnissen darstellen. Ein im Rahmen unseres Projekts angestellter Rechtsvergleich hat gezeigt, dass Rechtsordnungen anderer europäischer Länder hier stärkere Anstrengungen unternehmen (Küfner 2006a, 2006b, 2006c).

Fazit

Neben positiven Befunden im Hinblick auf die Integration von Kindern in Pflegefamilien und die Vermeidung wiederholter Beziehungsabbrüche in den ersten Lebensjahren, ergeben sich Hinweise auf notwendige vermehrte fachliche Anstrengungen im Hinblick auf die therapeutische Versorgung von Pflegekindern, die Förderung positiver Bildungsverläufe, das intensive Ausloten von Rückführungsmöglichkeiten zu Beginn von Pflegeverhältnissen bei einer gleichzeitigen Stärkung des rechtlichen Schutzes langjähriger Pflegeverhältnisse.

UNTERSTÜTZUNG DER EINZELFALLARBEIT IN DER PRAXIS

Ein zweites Ziel des Projekts war, vor dem Hintergrund einer Zusammenschau entsprechender Befunde und Vorschläge, in der internationalen Literatur Empfehlungen für den Umgang mit herausfordernden Aspekten der Fallarbeit zu geben. Zur Diskussion gestellt werden im »Handbuch Pflegekinderhilfe« insbesondere Verfahren zur Einschätzung kindlicher Bedürfnisse zum Zeitpunkt der Fremdunterbringung, zur Beurteilung der Erfolgsaussichten einer Rückführung, zur Bewertung der Notwendigkeit von Umgangseinschränkungen und zur Interventionsplanung bei drohendem Zusammenbruch eines Pflegeverhältnisses aufgrund kindlicher Verhaltensauffälligkeiten oder aus sonstigen Gründen.

Exemplarisch wird kurz vorgestellt, welche Prüffragen für Fälle empfohlen werden, in denen Belastungsreaktionen von Pflegekindern nach Umgangskontakten geschildert werden. Umgangskontakte sind nach § 1684 BGB als wechselseitiges Recht von Kind und Eltern anzusehen. Die Ausgestaltung soll sich am Kindeswohl orientieren. Einschränkungen sind möglich, soweit dies für das Wohl des Kindes erforderlich ist. Für einen Ausschluss von Umgangskontakten bedarf es aber einer Situation, die als Kindeswohlgefährdung zu bewerten ist. Werden Belastungsreaktionen von Pflegekindern nach Umgangskontakten berichtet, so können verschiedene Ursachen zugrunde liegen, die jeweils spezifische fachliche Antworten verlangen. Aus der Zusammenschau der Befundlage ergibt sich, dass vor allem fünf mögliche Ursachen überprüft werden sollten:

- Das Kind zeigt alterstypische Irritationen in Reaktion auf die mit Umgangskontakten verbundenen zweimaligen Trennungen. Das Verhalten des Kindes wird aber von Bezugspersonen übertrieben und in konflikteskalierender Weise wahrgenommen. Dieser Problemmechanismus zeigt sich fast nur bei Klein- oder Kindergartenkindern. Mögliche Hinweise ergeben sich, wenn genaue Beschreibungen der Belastungsreaktionen erbeten werden, ein Abgleich mit Wahrnehmungen anderer Betreuungspersonen vorgenommen wird oder wenn das Verhalten des Kindes nach umgangsbedingten Trennungen selbst in Augenschein genommen wird. Liegt dieser Problemmechanismus vor, ist eine Beratung zu empfehlen.
- Das Kind hat gegenüber Bindungspersonen in der Pflegefamilie noch keine ausreichende emotionale Sicherheit aufbauen können, so dass Trauer, Unsicherheit und andere belastende Gefühle nach Umgangskontakten dort nicht aufgefangen werden können und sich ein verlängernder oder eskalierender Verlauf der Belastung ergibt. Mögliche Hinweise auf ein Vorliegen dieses Problems ergeben sich, wenn das Verhalten des Kindes gegenüber Bindungspersonen aus der Pflegefamilie in belastenden Situationen ohne Zusammenhang zu Umgangskontakten beschrieben oder beobachtet wird. Schwerpunkt der Intervention sollte in diesem Fall die Förderung der Feinfühligkeit der Bindungspersonen in der Pflegefamilie sein. Unter Umständen ist es gerechtfertigt, Umgangskontakte vorübergehend einzuschränken, um das Kind zu entlasten.
- Das Kind wird durch eine nicht kindgerechte Gestaltung von Umgangskontakten belastet. Hinweise auf ein Vorliegen dieses Problems können sich ergeben, wenn aus mehreren Perspektiven (z. B. Kind und Eltern) Schilderungen von Kontakten erbeten werden, die Eltern sich im Gespräch wenig informiert über Interessen und Bedürfnisse des Kindes zeigen oder Beobachtungen von Kontakten eine sehr geringe elterliche Feinfühligkeit anzeigen. In diesem Fall müssen Interventionen zunächst darauf abzielen, die Eltern bei der Kontaktgestaltung zu unterstützen. Unter Umständen sind Einschränkungen des Umgangs in Form einer Umgangsbegleitung oder Umgangspflegschaft erforderlich. Sind

Handlungen oder Unterlassungen der Eltern als Kindeswohlgefährdend zu beurteilen und ist von einem Fortbestehen der Gefahr (z. B. aufgrund mangelnder Einsicht) auszugehen, kann auch ein Umgangsausschluss erforderlich sein.

- Die Belastungsreaktionen des Kindes sind unspezifischer Ausdruck einer Überforderung durch eine ungesicherte Lebensperspektive oder Konflikte zwischen den Bezugspersonen aus beiden Familiensystemen. In manchen Fällen sind Reaktionen des Kindes auch als zielgerichtetes Signal von Parteinahme und/oder Protest zu verstehen. Dieser Problemmechanismus lässt sich in erster Linie über Gespräche mit dem Kind belegen. Nur hilfsweise können Konfliktschilderungen Erwachsener herangezogen werden, jedoch weicht deren Erleben häufig von der Sichtweise von Kindern ab. Interventionsansatz ist hier in erster Linie ein systemisches Bemühen um Konfliktminderung und eine Klärung der kindlichen Lebensperspektive. In manchen Fällen sind gerichtliche Festlegungen sinnvoll, um weitere Konflikte zu vermeiden oder um zumindest die Häufigkeit, mit der das Kind mit den Konflikten in Kontakt kommt, herabzusetzen. Ebenfalls kann sinnvoll sein, in Beratungsprozessen mit dem Kind dessen Möglichkeiten zur inneren Konfliktdistanzierung zu stärken.
- Die Reaktionen des Kindes sind als durch den Umgang getriggerte posttraumatische Belastung zu verstehen. Bei belegbaren Traumata in der Vorgeschichte und posttraumatischen Symptomen im Alltag ist an diesen Problemmechanismus zu denken. Die Intervention muss hier in der Einleitung einer angemessenen kinderpsychotherapeutischen Behandlung bestehen. Häufig ist ein zumindest zeitweiser Eingriff ins Umgangsrecht sinnvoll. Dieser allein reicht in der Regel aber nicht aus, um die Gefahr einer entstehenden oder sich chronifizierenden posttraumatischen Belastungsstörung zu bannen.

Die Analyse der veröffentlichten Rechtsprechung zum Umgang zwischen Pflegekindern und ihren Herkunftseltern hat gezeigt, dass in den Fällen, die den familiengerichtlichen Entscheidungen zugrunde lagen, eine in dieser Weise differenzierte Betrachtung des »erweiterten Familiensystems« kaum bis nicht erfolgte. Normativen Setzungen, ob bzw. inwieweit Umgangskontakte im Allgemeinen für Pflegekinder schädlich oder dienlich sind, fehlt häufig die Rückbindung an die konkrete Situation des einzelnen Pflegekindes. Hier bietet sich für die Praxis in Jugendämtern und Familiengerichten sicherlich Potenzial, die Methoden und Kompetenzen für eine Qualifizierung der Wahrnehmungen und Einschätzungen weiterzuentwickeln.

Die Verbindung von System- und Einzelfallperspektive war eine der Stärken des DJI/DIJuF-Projektes »Pflegekinderhilfe«. Aus beiden Perspektiven wurde sichtbar, dass sich in der Pflegekinderhilfe hohe fachliche Anforderungen stellen, die nicht nachlassende Anstrengungen in der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung erforderlich machen.

Literatur

Blüml, H. & Gudat, U. (1992): Erhebung fremdplatzierter Kinder – Familiensituation und Geschichte aktuell fremdplatzierter Kinder in drei ausgewählten Gebietskörperschaften. Arbeitspapier. München: DJI.

Kindler, H., Helming, E., Meysen, T. & Jurczyk, K. (im Druck): Handbuch Pflegekinderhilfe. München: DJI.

Kindler, H., Lillig, S., Blüml, H., Meysen, T. & Werner, A. (2006): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München: DJI.

Küfner, M. (2006a): Die Pflegekinderhilfe in England. Eine Untersuchung der rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen. Länderbericht. (www.dji.de/pkh).

Küfner, M. (2006b): Die Pflegekinderhilfe in Schweden. Eine Untersuchung der rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen. Länderbericht. (www.dji.de/pkh).

Küfner, M. (2006c): Die Pflegekinderhilfe in den Niederlanden. Eine Untersuchung der rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen. Länderbericht. (www.dji.de/pkh).

Niepel, K. (2008): Unterstützungs- und Entlastungsbedarf von Pflegefamilien nach § 33 SGB VIII. Diplomarbeit. Roßwein: HTWM Mittweida.

Schmid, M. (2007): Psychische Gesundheit von Heimkindern. Eine Studie zur Prävalenz psychischer Störungen in der stationären Jugendhilfe. Weinheim und München: Juventa.

Scherr, T. (2007): Educational experiences of children in foster care: Meta-analysis of special education, retention and discipline rates. *School Psychology International*, 28, S. 419-436.

Thoburn, J. (2007): Globalisation and Child Welfare: Some Lessons from a Cross-National Study of Children in Out-Of-Home Care. Norwich: School of Social Work and Psychosocial Sciences, University of East Anglia.

Wird das Pflegekinderwesen zur Pflegekinderhilfe?

Von Prof. Dr. Klaus Wolf

Wir beobachten neuerdings die Einführung eines neuen Begriffs: den der Pflegekinderhilfe. Insbesondere das Deutsche Jugendinstitut verwendet ihn seit einigen Jahren, er breitet sich in der Praxis und in Veröffentlichungen aus und ersetzt allmählich die Bezeichnung Pflegekinderwesen. Kennzeichnet er einen tatsächlichen Perspektivenwechsel oder wird lediglich werbewirksam eine schicke Bezeichnung erfunden und das begriffliche Design aufgepeppt? Ich möchte einige Kriterien vorschlagen, mit denen wir eine an den Entwicklungserfordernissen der Kinder ausgerichtete Praxis von der Verwaltung der Vollzeitpflege unterscheiden können.

An der Universität Siegen interviewen wir seit 2005 in einer ganzen Serie von Forschungsprojekten (ehemalige) Pflegekinder und werten diese biografisch-narrativen Interviews unter verschiedenen Fragestellungen aus (www.uni-siegen.de/pflegekinder-forschung). Dabei wird deutlich, dass Pflegekinder neben den Entwicklungsaufgaben und Problemen, die alle Mädchen und Jungen in unserer Gesellschaft lösen bzw. bewältigen müssen, auch mit ganz besonders belastenden Problemen konfrontiert sind. Sie sind nicht nur (zeitweise) Pflegekinder, sondern haben oft auch Gewalt und Vernachlässigung erlebt oder mit psychisch kranken Eltern zusammen gelebt. Außerdem haben sie pflegekinderspezifische Entwicklungsaufgaben zu lösen z. B. ihr Verhältnis zu ihren biologischen und den sozialen Eltern zu klären. Die folgende Grafik bildet diese Problemfelder ab:



Prof. Dr. Klaus WOLF
Universität Siegen
Klaus.wolf@uni-siegen.de

Soziale Dienste können insbesondere die beiden inneren Felder beeinflussen: Not erkennen und abmildern, Ressourcen für die Bewältigung der besonders gravierenden Probleme zu-

gänglich machen und manchmal sogar Wendepunkte ermöglichen. In der Zusammenschau der Ergebnisse der verschiedenen Forschungsprojekte und nach vielen Gesprächen in der »Forschungswerkstatt Pflegekinder« zeichnen sich insbesondere vier Belastungsquellen ab, die die Entwicklungschancen der Kinder stark beeinflussen und auf die eine echte Pflegekinderhilfe spezifische Antworten finden muss. Dabei wird deutlich, dass viele Anforderungen nur in einer guten Kooperation von Pflegekinderdiensten (PKD), ASD und Justiz erfüllt werden können. Also umfasst eine leistungsfähige Pflegekinderhilfe nicht nur den PKD. Seine personelle Ausstattung, die Qualifikation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die dort angewandten Programme sind allerdings besonders wichtig, da dieser Dienst auch für die Organisation der Kooperation eine besondere Verantwortung hat und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtige Ansprechpersonen für die Kinder werden können. Die Adressatinnen und Adressaten der Pflegekinderhilfe sind die Pflegekinder, aber zumindest auch deren Eltern, die Pflegeeltern, die Kinder der Pflegeeltern und weitere, für die Pflegekinder wichtige Menschen. Denn je besser auch die anderen ihre Probleme bewältigen können, desto günstiger sind die Entwicklungsbedingungen der Kinder.

Die vier, von professionellen Diensten stark beeinflussbaren Themenfelder werden nachfolgend kurz skizziert.

KONTINUITÄTSSICHERUNG

Eine herausragende Belastungsquelle und ein gravierendes Entwicklungsrisiko sind ständige Ortswechsel und Beziehungsabbrüche. Wir haben immer wieder geradezu zerhackte Biografien kennen gelernt. Auch im internationalen Vergleich wird deutlich, dass in Deutschland eine kontinuierlich sichernde Planung zu kurz kommt. Daher betrachten wir die Kontinuität als zentrales Leistungs- und Qualitätsmerkmal sozialer Systeme für Pflegekinder. Hierfür sind günstige Antworten auf folgende Fragen besonders wichtig:

- Wird die (Herkunfts-)Familie so rechtzeitig und intensiv unterstützt, dass vermeidbare Herausnahmen verhindert werden oder werden hier irreversibel Handlungschancen verpasst?
- Wird bei der Hilfeplanung, bei Entscheidungen des Familiengerichts und bei der Begleitung von Herkunfts- und Pflegefamilie das Ziel einer Kontinuitätssicherung intensiv berücksichtigt oder führen andere Interessen zu einer anhaltenden Unsicherheit über den Lebensmittelpunkt des Kindes und zu Versuchs- und Irrtums-Rückführungs-Experimenten?
- Gibt es differenzierte Konzeptionen für die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Rückkehr von Kindern in die Herkunftsfamilie, einschließlich einer hinreichenden Betreuung von Herkunftsfamilie und Pflegefamilie oder bleibt das alles der Intuition der einzelnen Mitarbeiterin oder des einzelnen Mitarbeiters überlassen?
- Werden die Übergänge gut begleitet oder als abrupte Zäsuren inszeniert?

KEIN ZUSTÄNDIGKEITSWECHSEL BEI KRITISCHEN LEBENSEREIGNISSEN

Die Pflegekinder berichten oft von Ortswechseln, die nicht von ihnen selbst, sondern von anderen initiiert wurden, und die sie als ein »herausgerissen Werden« und ein plötzlich in die



Fremde Kommen erleben. Das sind kritische Lebensereignisse, die oft verschiedene Ängste auslösen und schwierige Orientierungsaufgaben hervorbringen. Für die Stabilisierung des Selbstwertgefühls und eine Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit ist der kontinuierliche Kontakt zu einer vertrauten Person, die das Kind über solche Wechsel hinweg begleitet, eine besonders wichtige Ressource. Manchmal sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sozialer Dienste zu einer solchen Vertrauensperson geworden und können als »Guide« im unübersichtlichen Gelände eine wichtige Aufgabe übernehmen. Extrem ungünstig ist es, wenn auf dem Höhepunkt eines kritischen Lebensereignisses ein Zuständigkeitswechsel erfolgt. Im Erleben der Kinder heißt das: Die vertraute Person verabschiedet sich genau zu dem Zeitpunkt, an dem sie sie am meisten gebraucht hätten und eine fremde Person taucht auf. Eine Pflegekinderhilfe, die diesen Namen verdient, muss das vermeiden und dafür Sorge tragen, dass die Kinder (mit)steuern können, wann sie auf die vertraute Person verzichten können und die neue für sie so vertraut geworden ist, dass sie Sicherheit geben kann. In der Logik arbeitsteiliger Institutionen erscheint der Zuständigkeitswechsel vernünftig. Wenn das Kindeswohl zum Kompass wird, müssten Überlappungen und ein allmähliches Ausblenden möglich sein.

BERÜCKSICHTIGUNG DER GESCHWISTERBEZIEHUNGEN

In Familien, in denen die Erwachsenen wichtige Sozialisationsfunktionen nicht hinreichend erfüllen, übernehmen ältere Geschwister für ihre jüngeren Brüder und Schwestern oft einen Teil dieser Aufgaben. Das führt zu einer anderen Struktur von Geschwisterbeziehungen als bei behütet aufwachsenden Kindern. Daher erleben die Kinder eine Trennung von ihren Geschwistern oft als besonders belastend, insbesondere dann, wenn sie sie völlig aus den Augen verlieren oder unsicher sind, ob es ihnen gut geht. Ein sorgsamer Umgang mit den Geschwisterbeziehungen ist daher besonders wichtig, eine routinemäßige Trennung von Geschwistern erscheint uns unverantwortlich. Wenn man keine geeignete Familie findet, die alle Kinder aufnehmen kann, sollten zumindest die Kontaktwünsche der Kinder ernst genommen werden. Jedenfalls sollte die Pflegekinderhilfe kein zu erwachsenenzentriertes Bild entwickeln, sondern sich an den Erfahrungen und Relevanzen des einzelnen Kindes orientieren und respektieren, zu welchen wichtigen Menschen es weiterhin Kontakt haben will. Gerade wenn die Eltern (partiell) ausfallen, können Geschwister und Gleichaltrige zu wichtigen Bezugspersonen werden.

PARTIZIPATION

Kinder können belastende Situationen viel besser bewältigen, wenn sie an den Entscheidungen, die ihr Leben stark beeinflussen, teilhaben. Das bedeutet, dass

- sie über das, was mit ihnen geschieht, auf eine ihrem Entwicklungsstand angemessene Weise informiert werden,
- sie mit ihren Wünschen, Befürchtungen und Meinungen gehört werden und diese wertgeschätzt werden,
- Entscheidungen – soweit wie möglich – mit ihnen ausgehandelt oder von ihnen autonom getroffen werden und
- bei allen Entscheidungen – auch wenn diese aus gewichtigen Gründen gegen den Willen der Kinder getroffen werden müssen – nachträglich um ihre Zustimmung geworben wird.

Im Kontakt mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen wird unser SGB VIII immer wieder wegen der Wunsch- und Beteiligungsrechte der Klienten gelobt. Diesen gesetzlich verankerten Anspruch sollten wir auch für die Kinder konsequent realisieren.

FAZIT

Eine wirksame Pflegekinderhilfe kann sich an den Folgen ihrer Praxis für die Entwicklungschancen der Kinder messen lassen. Aus der Auswertung von sehr ausführlichen biographischen Interviews mit ca. 100 ehemaligen Pflegekindern können wir die Aufmerksamkeit auf vier zentrale Anforderungen richten: Kinder beteiligen, Geschwisterbeziehungen respektieren, vertrauensvolle Beziehungen erhalten und Kontinuität ermöglichen.

Die Betreuung in Pflegefamilien ist deutlich kostengünstiger als die in der Heimerziehung. Wer es allerdings billig haben will, d. h. die Dienste unzureichend ausstattet, an überholten Programmen festhält, Geschwister routinemäßig getrennt unterbringt – oder sich nicht darum kümmert, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über das aktuell zugängliche Wissen (über Konzeptionen zur Rückkehr in die Herkunftsfamilie) verfügen, der produziert zusätzliche Belastungen. Unter günstigen Bedingungen können professionelle Dienste die Biografien von Pflegekindern sehr positiv beeinflussen und ihnen neue Chancen eröffnen. Daran sollten Wissenschaft, Politik und Praxis gemeinsam arbeiten. Das Projekt »Leuchtturm PKD«, das durch die gute Zusammenarbeit mit dem LVR-Landesjugendamt Rheinland, der Stadt Düsseldorf und der Universität Siegen zustande gekommen ist, bringt diese Entwicklung in Gang und trägt erste Früchte.

Literatur

Gassmann, Yvonne (2009): *Pflegeeltern und ihre Pflegekinder. Empirische Analysen von Entwicklungsverläufen und Ressourcen im Beziehungsgeflecht.* Münster: Waxmann.

Reimer, Daniela; Wolf, Klaus (2009): *Partizipation der Kinder als Qualitätskriterium der Pflegekinderhilfe.* In: *Jugendhilfe*, H. 1, S. 60–70.

Wolf, Klaus (2009): *Kann die Soziale Arbeit die Biografie ihrer Klienten beeinflussen? In: Behnken, Imbke; Mikota, Jana (Hg.): Sozialisation, Biografie und Lebenslauf. Eine Einführung.* Weinheim: Juventa, S. 240–262.

Auf dem Weg zu Qualitätsstandards in der Pflegekinderhilfe – das Leuchtturmprojekt PflegeKinderDienst

Von Judith Pierlings und Dirk Schäfer

Das Pflegekinderwesen in Deutschland ist gekennzeichnet durch große Vielfalt. Nicht selten arbeiten Pflegekinderdienste, die örtlich nicht weit voneinander entfernt liegen, sehr unterschiedlich und sind dabei aber in aller Regel von ihrer jeweiligen Arbeitsweise überzeugt.

Unterschiede zeigen sich in der Struktur der Pflegekinderdienste – hier sei nur auf die Fragen nach der Fallführung und der Fallzahl pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter verwiesen – oder

auch bei konzeptionellen Ausgestaltungen, etwa bei der Vorbereitung potentieller Pflegeeltern oder der Nachbetreuung eines beendeten Pflegeverhältnisses. Hinzu kommen Haltungen und persönliche Glaubenssätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sozialer Dienste, die ihre Arbeit prägen und sich nur schwer verändern lassen. Viele dieser Sichtweisen basieren auf individuellen beruflichen Erfahrungen. Hierzu gehören sehr grundsätzliche Überzeugungen zur getrennten oder gemeinsamen Unterbringung von Geschwistern und eine dogmatische Vorstellung zur Vermittlungspraxis.

Gleichzeitig bekommt die Pflegefamilie in ihren unterschiedlichen Ausgestaltungsformen eine immer größere Bedeutung als Angebot der erzieherischen Hilfen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, gut begründete und empirisch gestützte Qualitätskriterien zu erarbeiten und festzulegen, welche Minimalstandards gewährleistet sein müssen, um Pflegekindern nach einem schwierigen Start ins Leben gute Entwicklungschancen zu ermöglichen. Darüber hinaus können gut begründete Minimalstandards den Pflegeeltern Sicherheit und Orientierung in ihrer anspruchsvollen Tätigkeit geben und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pflegekinderdienste in unausweichlichen Kostendebatten zusätzlich als Argumentationshilfe dienen.

DAS LEUCHTTURMPROJEKT PFLEGEKINDERDIENST – MODELLPROJEKT ZUR STEIGERUNG DER WIRKSAMKEIT DER PFLEGEKINDERDIENSTE

Unter diesem Titel hat die »Forschungsgruppe Pflegekinder« der Universität Siegen im Juli 2009 das durch den LVR und die Landeshauptstadt Düsseldorf finanzierte zweijährige Modellprojekt gestartet. Basierend auf biografischen Interviews mit ehemaligen Pflegekindern und in enger Kooperation mit den fachlich ambitionierten Pflegekinderdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der vier Modellregionen Bornheim, Düsseldorf, Duisburg und Kamp-Lintfort, ist das Ziel, empirisch gestützte Qualitätsstandards für die Pflegekinderhilfe zu erarbeiten. Das Projekt zeichnet sich dabei durch zwei Besonderheiten aus: Zum einen wird die Perspektive und Sichtweise der Pflegekinder betont, zum anderen werden Handlungsempfehlungen nicht aus einer ausschließlich wissenschaftlichen Perspektive in die Praxis getragen, sondern in enger Kooperation mit der Praxis erarbeitet und als gemeinsames Produkt präsentiert.

Die Interviews mit Pflegekindern bieten einen umfassenden Einblick in deren individuelle Sozialisationsverläufe sowie ihre Erfahrungen mit Herkunfts- und Pflegefamilien, mit Sozialen Diensten und weiteren Institutionen (vgl. hierzu den Beitrag von Daniela Reimer in diesem Heft).

In einer sechsmonatigen Interviewphase wurden bisher ca. vierzig biografische Interviews geführt. Diese wurden verschriftlicht und hinsichtlich der Relation von Belastungen und Ressourcen der Pflegekinder aufbereitet. Derzeit wird das aufbereitete Material in einer einjährigen Werkstattphase bearbeitet und ausgewertet. Einige der Themen sind Umgangskontakte mit der Herkunftsfamilie, die Bedeutung von Herkunft und Biografiearbeit, Loyalitätskonflikte, Verwandtenpflege, Betreuungsbedarfe und -intensität im Laufe eines Pflegeverhältnisses sowie die Rolle von leiblichen Geschwistern.

ERSTE ERKENNTNISSE

Anhand des Themas »Umgang mit der Herkunftsfamilie« stellen wir exemplarisch Inter-

viewsequenzen sowie daraus resultierende Erkenntnisse und erste Handlungsempfehlungen vor.

Neben Ressourcen wie etwa Klarheit und Sicherheit hinsichtlich der eigenen Herkunft, werden auch Belastungen sichtbar, die aus dem Umgang mit dem Herkunftssystem oder der unzureichenden Gestaltung der Kontakte ebenso wie aus dem völligen Verhindern der Kontakte resultieren können.

Als mögliche Belastungen für die Pflegekinder kristallisieren sich körperliche und psychische Reaktionen vor, während und nach dem Kontakt heraus. Hierzu können beispielsweise Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Bauchschmerzen oder Angstgefühle gehören.

So berichtet etwa Lukas über die Besuche bei der leiblichen Mutter: »Ja damals war ich halt ein kleines Kind, hab das Ganze ja nicht so richtig verstanden. Und da hatte ich auch noch also gab ´s noch Besuchskontakte zu meiner leiblichen Mutter. Ja und ich war halt immer so ja wie soll ich sagen? Also ich hab mich so gefühlt, dass meine Mutter mich nie haben wollte. Weil ich das ja ganz nicht verstanden hab. Und ja mir ging ´s nach den Besuchen und auch vor den Besuchen ging ´s mir immer voll scheiße. Es hat sich halt dann damit bemerkbar gemacht, dass ich halt sehr aufgeregt war im Kindergarten. Auch zu Hause, ich konnte nicht schlafen. Ich hab halt auch die Nähe zu meiner Pflegemutter sehr oft dann gesucht so.«

Weitere Belastungen sind das Gefühl, dass der Kontakt gegen den eigenen Willen stattfindet und keine Möglichkeit besteht, darauf selber Einfluss zu nehmen, Bedrängung durch die leiblichen Eltern zur Rückkehr während des Kontakts. Beim Nichtstattfinden des Kontakts muss das Pflegekind für sich Erklärungen finden, warum die Eltern nicht kommen.

So berichtet Chris: »Also ein großes Wohnzimmerfenster mit Blick auf die Hauptstraße. Und da, wenn sie nach einer Stunde nicht kam, hat meine Mutter meistens gesagt, meine Pflegemutter meistens gesagt so: »Ja, kommt eh nich mehr.« Und ich hab dann da gestanden, gestanden. Natürlich wirst du von Stunde zu Stunde immer enttäuschter und das tut auch weh. Aber ich hab halt die Hoffnung meist nicht aufgegeben, dass sie irgendwann vier, fünf Uhr nachmittags, zwei, vier Stunden da gestanden. Und ich hab später mal gemerkt, ich hab den gleichen bedeppten Blick dabei drauf gehabt, wie mein Hund. Ich war enttäuscht drei, vier Tage lang und dann war ´s einfach gegessen.«

Aber auch das Ausbleiben der Kontakte zum Herkunftssystem kann Belastungen mit sich bringen. Hierzu gehören zum Beispiel Fragen nach der Herkunft und daraus resultierende Phantasien über die leibliche Familie. Nicht selten ist die Adoleszenz als wichtige Phase der Identitätsentwicklung ein häufiger Zeitpunkt für erneute Kontaktversuche, was mögliche Konflikte in den Pflegefamilien zur Folge haben kann.

So beschreibt Melanie die Phantasien über den leiblichen Vater: »Weil mein Vater der war ja halt, der hat ja dann die Vaterschaft ganz spät anerkannt und hat auch kein Sorgerecht. War halt irgendwie für mich eigentlich immer so ne Hoffnung, dass der es besser macht irgendwie als meine Mutter. Dass ich ihn irgendwann kennenlernen möchte, dass der dann toll ist und nicht doof ist so und. Ja aber irgendwie war´s halt nicht so und ich hab auch keinen Kontakt gehabt eigentlich in der Zeit, weil erst wirklich mit 18 bewusst, wo ich nach Bildern gefragt hab. Also für mich war immer so: »ja da ist bestimmt noch jemand der ist ganz nett« wie man halt als Kind so denkt.«



Judith PIERLINGS
Seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin der ‚Forschungsgruppe Pflegekinder‘ verantwortlich für das Leuchtturmprojekt Pflegekinderdienst
judith.pierlings@uni-siegen.de



Dirk SCHÄFER
Seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter der ‚Forschungsgruppe Pflegekinder‘ verantwortlich für das Leuchtturmprojekt Pflegekinderdienst
dirk.schaefer@uni-siegen.de

Insgesamt wird deutlich, dass sich das Erleben der Pflegekinder erheblich voneinander unterscheiden kann und die möglichen Quellen von Ressourcen und Belastungen sehr vielfältig sind. Festhalten lässt sich aber, dass die Pflegekinder positiv bewerten, wenn auf ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ängste gehört wird und diese ernst genommen werden.

ERSTE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Aus unserer gemeinsamen Arbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Pflegekinderdienste ergeben sich folgende erste Handlungsempfehlungen für die Gestaltung von Umgangskontakten:

- Hinsichtlich einiger wesentlicher Fragen muss vor dem ersten Kontakt zwischen den Familien für alle Beteiligten Klarheit herrschen. Hierzu gehören beispielsweise die Teilnahme des Kindes, die Begleitung des Umgangskontaktes, welche Spielregeln für den Kontakt gelten sowie die Fragen wann, wie oft und wo die Kontakte stattfinden. Die zuständige Mitarbeiterin bzw. der zuständige Mitarbeiter trägt dabei die Steuerungsfunktion und die Verantwortung für die Ausgestaltung des Besuchskontakts.
- Von Bedeutung ist das Ernstnehmen des Kindes und seiner Aussagen. Dies steht in enger Verbindung mit Beobachtung und Dokumentation der Reaktionen des Kindes und dessen Berücksichtigung bei Entscheidungen hinsichtlich der Umgangskontakte. Für den Fall, dass ein Kontakt aktuell nicht stattfindet, sollten andere Informationskontakte für die leiblichen Eltern geplant und gestaltet werden.
- Es gilt, den Lebensraum der Pflegefamilie als Schutzraum zu sichern und auch den Begegnungsraum zu einem sicheren Ort (in erster Linie für das Kind) zu machen. Finden Kontakte im Lebensraum statt, was in Einzelfällen vorstellbar ist, (z. B. bei Verwandtenpflege), muss zuvor eine umfassende Klärung erfolgt sein.
- Besuchskontakte müssen begleitet werden, wenn möglich durch die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter. Die Intensität der Begleitung orientiert sich dabei immer an der Entwicklung des Einzelfalls.
- Die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter sollte als Informationsquelle für alle Beteiligten (Pflegekind, Pflegefamilie und Herkunftsfamilie) fungieren, vor allem wenn keine Kontakte bestehen.
- Aufgabe der Mitarbeiter/des Mitarbeiters ist es, dass Thema Herkunft immer wieder aufzugreifen. Diese Notwendigkeit gilt vom ersten Gespräch mit potentiellen Pflegeeltern bis in die Hilfeplanung.
- Die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter sollte dem Pflegekind kontinuierlich die Möglichkeiten geben, sich zum Thema Herkunft zu äußern. Dabei sollte auch die Position der Pflegeeltern (z. B. Sorgen und Ängste) übersetzt werden. Das Ziel liegt in der konstruktiven und

offenen Kommunikation des Themas „Herkunft“ zwischen den Pflegeeltern und dem Pflegekind.

Für Juli 2011 ist die zentrale Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts geplant, für September 2011 eine bundesweite Fachtagung an der Universität Siegen.

Literatur

Neues Manifest zur Pflegekinderhilfe. Eine Initiative der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) und des Kompetenz-Zentrums Pflegekinder e.V. zur qualitativen Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe (2010). www.kompetenzzentrum-pflegekinder.de/Neues_Manifest_Gesamt_11_03_2010.pdf.

Pierlings, J. (2010): *Wie erreichen wir verbindliche Standards für das Pflegekinderwesen? In: Unsere Jugend, 62. Jg., H.6, S.257–264.*

Wolf, K. (2007): *Die Belastungs-Ressourcen-Balance. In: Kruse, E./Tegeler, E. (Hrsg): Weibliche und männliche Entwürfe des Sozialen. Opladen, Farmington Hill, S. 281–292.*

Werkstatt- und Erfahrungsberichte der am Modellprojekt »Leuchtturm« beteiligten Kommunen



LEUCHTTÜRME IN BORNHEIM UND KAMP-LINTFORT

Die Rheinnähe ist beiden Städten gemein, die in mehreren Werkstatttreffen zusammen gearbeitet haben. Die Erfahrungen und Interviewsequenzen der erwachsenen Pflegekinder haben die Fachkräfte motiviert, die Bedingungen und die Begleitumstände noch genauer zu betrachten und zu verbessern. Im Rahmen des Projekts besteht die Chance, die unterschiedlichen Erfahrungen, Standards und Verfahrensweisen aus allen Modellstandorten offen zu legen und weiter an den Qualitätsstandards im Pflegekinderwesen zu arbeiten.

Festgestellt wurde, dass der Verwandtenpflege in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Die Unterbringung erfolgt häufig in einer Notsituation. Aus einer angedachten Übergangslösung wird nicht selten eine Dauerlösung. Die erforderlichen Fähigkeiten und Qualifikationen fehlen häufig, so dass der Einsatz von zusätzlichen Hilfen unabdingbar ist. Es wird von Loyalitätskonflikten berichtet und die Verwandten, häufig Großeltern, müssen eine Doppelrolle ausfüllen.

Die Bedeutung, Durchführung und das Erleben der Umgangskontakte variieren erheblich. Es besteht Konsens, dass insbesondere im Rahmen der Umgangskontakte auf die Bedürfnisse und Ängste der Pflegekinder eingegangen werden muss.

Die Motivation und der Nutzen für alle Beteiligten am Leuchtturmprojekt ist und war äußerst hoch, die Erwartungen wurden sogar übertroffen. Die Zusammenarbeit war informativ, konstruktiv und hat einen großen Nutzen für den Arbeitsalltag. Von dem Ergebnis der Studie werden positive Veränderungen für die Arbeit im Pflegekinderwesen erwartet.

WERKSTATTBERICHT DES MODELLSTANDORTS DUISBURG

Seit Projektbeginn im Januar 2010 stehen für diesen Modellstandort die Fragestellungen im Vordergrund, welche Bedeutung, welche Akzeptanz dem Pflegekinderdienst im Gesamtgefüge von Jugendhilfeplanung zukommt und welche Möglichkeiten es gibt, die Notwendigkeit einer fachlich guten Betreuung für Pflegefamilien und Pflegekinder auch nach außen deutlicher zu machen.

Kontakt

Beate VITUS,
Anita WALORSKI,
Silke KIRSCH
Fachberaterinnen des
Jugendamts Bornheim
beate.vitus@stadt-bornheim.de

Sabine ROSE, Silke KLATT
Fachberaterinnen des
Jugendamts Kamp-Lintfort
sabine.rose@kamp-lintfort.de

Die Kapazitäten des Duisburger PKD waren vor Projektbeginn sehr begrenzt. Trotzdem war das Interesse groß. In der Vorbereitungsphase, der Kontaktaufnahme mit den Pflegekindern, waren alle Kolleginnen und Kollegen involviert, um ein möglichst breites Spektrum abzubilden und zahlreiche Interviews zu ermöglichen. Die Rückmeldungen entsprachen den Erwartungen. Die meisten ehemaligen Pflegekinder hatten einen guten Draht zum Pflegekinderdienst und die Zusammenarbeit wurde von beiden Seiten als zufriedenstellend erlebt. Pflegekinder, die krisenhafte Verläufe oder Abbrüche erlebt hatten, meldeten sich nicht zurück.

Mit einem kleineren Team begann die erste Werkstattphase. Es wurden u. a. folgende Fragestellungen untersucht: »Wie viel Pflegekinderdienst braucht es?«, »Was hätte das Pflegekind wann benötigt?«, »Welche Bedeutung haben eigentlich Professionelle im gesamten Betreuungsprozess?«, »Arbeit mit dem Herkunftssystem bzw. wie wichtig sind die Wurzeln?«

Beim zweiten Workshop wurden die Interviews abgehört oder gelesen. Die Audiobeispiele waren besonders beeindruckend und bestätigten Erfahrungswerte und Hypothesen; an vielen Stellen überraschte die Eindringlichkeit, mit der die ehemaligen Pflegekinder Erinnerungen und Bedürfnisse vortrugen:

»Das war ein großes Haus, die hatten sogar einen Hund. Und da war erst einmal Sicherheit, Freiheit und auch Geborgenheit.«

Erklärungen und Erlaubnisse von Bezugspersonen für notwendige Wechsel bzw. Veränderungen sind für die Beteiligten äußerst wichtig.

»Warum? Habe ich irgendetwas falsch gemacht?«

Pflegekinder wünschen sich in der Nachtbetreuung oft mehr Orientierung und Beratung.

»Wie komm' ich..., wie beantrage ich das und das?«

Sowohl Pflegekinder als auch Pflegeeltern benötigen jeweils eigene Beratungssettings, um Wünsche, Erwartungen und Probleme besprechen zu können. Die Pflegekinder wollen, altersentsprechend, in laufende (Beratungs-) Prozesse einbezogen werden.

Was bedeuten die Aussagen insgesamt in der Konsequenz?

- Kontinuierliche persönliche Betreuung und regelmäßige Beratung von Pflegeeltern und Pflegekindern stabilisieren ein Pflegeverhältnis, schaffen Vertrauen und binden Familien wie Kinder auf positive Weise an den Fachdienst.
- Die Fachberatung muss in unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Kinder aber auch der Familien präsent sein um die zugehörigen, mitunter sehr komplexen Problemfelder und Störungen fachlich gut begleiten zu können.
- Insbesondere nach Abbruch bzw. Beendigung eines Pflegeverhältnisses besteht bei den Beteiligten oftmals ein erhöhter Beratungsbedarf. Solche Nachbetreuungen fordern die Fachberatung in besonderem Maße und über die eigentliche Jugendhilfemaßnahme hinaus.

Der Pflegekinderdienst muss personell ausreichend und qualifiziert ausgestattet sein, damit das Angebot von Pflegefamilien in der Jugendhilfelandschaft Bestand haben kann und Pflegeverhältnisse gelingen können. Es besteht die Hoffnung, dass das Modellprojekt »Leuchtturm« das Bewusstsein für diese Zusammenhänge schärft.

WERKSTATTBERICHT DES MODELLSTANDORTS DÜSSELDORF

In Düsseldorf sind drei Pflegekinderdienste in kommunaler und freier Trägerschaft etabliert.

Neben dem Pflegekinderdienst in der Abteilung Kinderhilfzentrum des Jugendamts ist bei der Diakonie und dem SKFM jeweils ein Fachdienst eingerichtet. Mit den freien Trägern wurden Leistungsvereinbarungen zu den Qualitätsstandards vertraglich abgestimmt. Die Fachdienste arbeiten vernetzt miteinander, z. B. zur Verabschiedung gemeinsamer fachlicher Standards. In der Werkstatt arbeiten insgesamt sechs Fachberaterinnen und Fachberater aus den Diensten mit. Erste positive Erkenntnis ist, dass die Standards zwischen den drei Diensten nur gering voneinander abweichen.

Werkstatt I: Standards in der Vollzeitpflege und Auswahl der Themen

Die Sichtung fachlicher Standards in der Vollzeitpflege erfolgte im Hinblick auf Probleme und Belastungen der ehemaligen Pflegekinder sowie Hilfen, die bei der Bewältigung nützlich gewesen sind und in den Interviews deutlich hervortraten.

Werkstatt II: Besuchskontakte

»Der Kontakt war von Anfang an da, das heißt also ich ... ich kann ja erst berichten, seit ich drei bin und dann war's halt immer so im Drei-Wochen-Takt, dann vier, später wurdens dann sechs; ne ... hab ich gesagt. Das muss doch nicht so oft sein ...«

Als erstes Fazit aus den Aussagen der erwachsenen Pflegekinder lässt sich festhalten, dass alle Beteiligten auf Besuchskontakte vorbereitet werden müssen, Pflegekinder bei Besuchskontakten nicht allein gelassen werden dürfen, Kinder einen eigenen Schutzraum benötigen, über die Herkunft gesprochen werden soll, auch wenn keine Kontakte stattfinden, Unterstützung durch einen außen stehenden Erwachsenen erfolgen sollte und es ernst zu nehmen ist, wenn das Kind keine Kontakte möchte.

Werkstatt III: »Zwischen zwei Familien stehen«

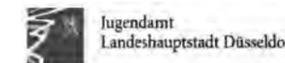
»Weil man durch die beiden Seiten beeinflusst und geprägt ist. Also die Erziehung ist ja durch beide Seiten irgendwie so. Also beide Seiten ham ... ham die Persönlichkeitsentwicklung ja beeinflusst. Ja, und weil das so extreme Seiten sin, is es doch manchmal schwierig ...«

Beim Thema der familiären Vernetzungen und möglichen Systemverstrickungen zeigt sich, dass die Fachberatung eine besondere Bedeutung hat. Für sie müssen u. a. Informationen über die Ursprungsfamilie abrufbar sein. Sie trägt zur Beruhigung und Stabilisierung des gesamten Systems von Familie, Pflegefamilie und Helfern bei, macht Unsicherheiten des Pflegekindes, besonders in Entwicklungs- und Veränderungsstufen, bewusst und begleitet sie individuell. Ferner bietet sie Nachsorge nach Beendigung des Pflegeverhältnisses an.

Ausblick

In der Werkstattarbeit erwiesen sich die Aussagen der erwachsenen Pflegekinder als hilfreicher Anstoß, in die komplexe Welt der Pflegekinder einzutauchen.

Die beiden Abschlussthemen des Werkstattteams »Ich habe eine Familie gefunden« – Entwicklung von alternativen Familienbildern sowie »Privatsphäre und Grenzen der Pflegefamilie« und ihre Schlussfolgerungen geben ergänzende Hinweise für das Anforderungsprofil einer fachlich fundierten Arbeit im Pflegekinderdienst und werden es ermöglichen, grundlegende Standards für die Qualität im Pflegekinderwesen zu formulieren.



Kontakt



Michaela BEHR
michaela.behr@stadt-
duisburg.de



Dirk FRANZMANN
d.franzmann@stadt-
duisburg.de

Kontakt

Andrea VÄTHJUNKER
andrea.vaethjunker@stadt-
duesseldorf.de

Projekt »Pflegekinderstimme«

Von Daniela Reimer

»Das wurde dann einfach von den Erwachsenen entschieden, ich weiß gar nicht, wie, die haben mir nur mitgeteilt, dass ich jetzt eine neue Familie bekomme.« »Als Kind werden sie da ja sowieso nicht so gefragt.« »Was ich erlebt habe interessiert eigentlich keinen, die meisten haben auch Hemmungen nachzufragen.«

Diese und ähnliche Aussagen haben wir als Mitglieder der »Forschungsgruppe Pflegekinder« an der Universität Siegen in vielen Variationen in unserer »Pilotstudie zum Aufwachsen in Pflegefamilien« zu Biografien von ehemaligen Pflegekindern gehört. Ehemalige Pflegekinder berichten, dass sie nur wenig Mitsprachemöglichkeiten hatten und oftmals bis heute kaum Adressaten haben, bei denen sie mit ihrer Geschichte auf Interesse stoßen. In dieser Studie konnten wir nach wenigen Gesprächen mit Pflegekindern feststellen, dass sie viel zu berichten haben, dass sie interessante, manchmal für Außenstehende erschreckende und beeindruckende Geschichten erzählen, und dass wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Pflegeeltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sozialen Diensten aus ihren Erfahrungen lernen können.

Der nordrhein-westfälische Pflegeelternverband PAN e.V. hat die Möglichkeit, Pflegekinder zu Wort kommen zu lassen, aufgegriffen und in Kooperation mit der »Forschungsgruppe Pflegekinder« der Universität Siegen das von Aktion Mensch e.V. geförderte Projekt »Pflegekinderstimme« initiiert. Ihre wertvollen, schmerzhaften, berührenden Erfahrungen werden im Rahmen des Projekts für Pflegeeltern zum Projektende (Februar 2011) gemeinsam mit den Erfahrungen von Pflegeeltern in einem Buch veröffentlicht.

BIOGRAFISCHE INTERVIEWS MIT EHEMALIGEN PFLEGEKINDERN

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Perspektive der ehemaligen Pflegekinder. Dies wird realisiert durch ca. 50 ausführliche, biografische Interviews. Die 18-35-jährigen Interviewpartnerinnen und -partner erhalten die Möglichkeit, in Gesprächen an einem Ort Ihrer Wahl, die in der Regel zwischen zwei und vier Stunden dauern, ihre Geschichte zu erzählen. Diese offene Interviewform ermöglicht es, alle subjektiv relevanten Ereignisse in die Erzählung einzubringen. Dann werden sie aufgefordert, einen Zeitstrahl von Geburt bis heute mit allen wichtigen Ereignissen zu zeichnen und eine so genannte »Gute-Zeiten-schlechte-Zeiten-Linie«, mit der die Höhen und Tiefen im Verlauf deutlich gemacht werden sollen, zu zeichnen.

Die Anfertigung des Zeitstrahls regt nochmals ausführliche Erzählungen an und unterstützt den Überblick über den Biografieverlauf. Am Ende des Gesprächs sind die ehemaligen Pflegekinder über die Ausführlichkeit und Tiefe ihrer eigenen Erzählung erstaunt und bedanken sich für die Bereitschaft, ihre Geschichte anzuhören.

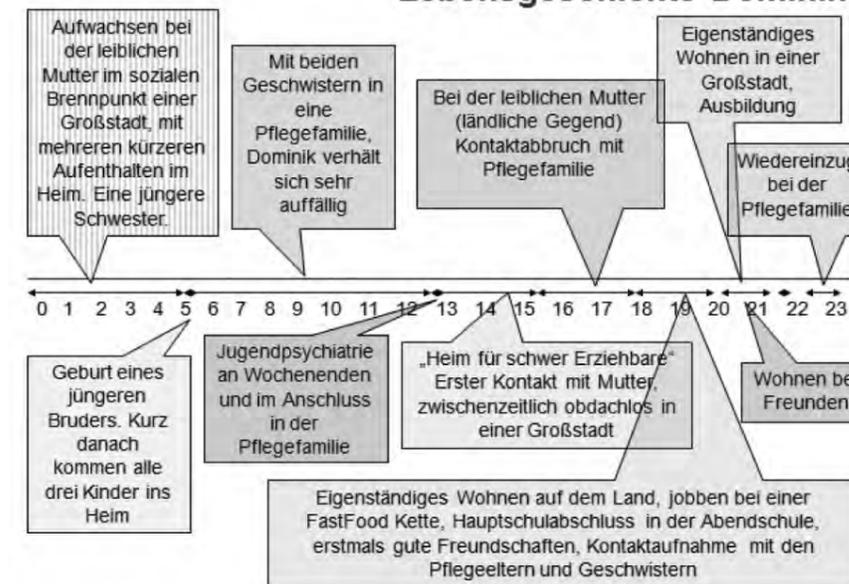
AUSWERTUNG DER INTERVIEWS

Im ersten Schritt wird ein Zeitstrahl erstellt, der zentrale Daten aus dem Interview abbildet. Z. B. von dem von uns benannten 23-Jährigen (Abbildung), der nach mehreren Wechseln zwischen Heim und Herkunftsfamilie gemeinsam mit seinen beiden jüngeren Geschwistern mit neun Jahren in eine Pflegefamilie kam.



Daniela REIMER
Seit 2006 wissenschaftliche
Mitarbeiterin bei Prof. Dr.
Klaus Wolf an der Universi-
tät Siegen.
reimer.pflegekinderwesen@
uni-siegen.de

Lebensgeschichte Dominik



Anschließend wird das Interview nach Themen kategorisiert. Eine wichtige Rolle spielt die Einteilung der Interviewaussagen in ein an der Universität Siegen entwickeltes Kategoriensystem von Belastungen und Ressourcen. Darüber hinaus erfolgt eine Zuordnung der Aussagen zu verschiedenen Personen und Personengruppen (z. B. »Herkunftseltern«, »Pflegefamilie«, »Pflegegeschwister«) sowie zu Themen, die für Pflegeeltern von besonderem Interesse sind, wie Besuchskontakte, Herkunftseltern, Übergang in die Pflegefamilie, Schule, Therapien, Auszug aus der Pflegefamilie. Zentrale Daten des Interviews werden zusätzlich in einen Fragebogen eingegeben – dadurch entsteht an der Universität Siegen gemeinsam mit den Daten aus unserer Pilotstudie und dem Leuchtturmprojekt eine statistische Datenbasis über die zentralen Charakteristika der von uns interviewten ehemaligen Pflegekinder.

WORKSHOPS MIT PFLEGEELTERN

Im Projektverlauf fanden an vier verschiedenen Standorten jeweils drei Tagesworkshops mit von den Pflegeeltern ausgewählten Themen statt. Zu Beginn jedes Workshops wurde die Sicht der Pflegekinder zum jeweiligen Thema präsentiert. Anschließend konnten die Pflegeeltern ihre Erfahrungen einbringen. Aus den Aussagen der Pflegekinder und dem Erfahrungsschatz der Pflegepersonen wurden Empfehlungen für Pflegefamilien erarbeitet. Trotz der großen Themenvielfalt war die »Beziehung des Pflegekindes zur Herkunftsfamilie« immer wieder Thema. Dazu konnten unterschiedliche Bewältigungsformen und Bewertungen herausgearbeitet werden. Wichtigstes Fazit aus den Interviews ist, dass sich das Erleben der Beziehung zur Herkunftsfamilie in Abhängigkeit verschiedener Faktoren erheblich unterscheidet. Hierzu gehören vor allem Vorerfahrung, Dauer der gemeinsamen Zeit, psychische Stabilität und heutiger Lebenswandel und Akzeptanz des Pflegeverhältnisses durch die Herkunftseltern, Beziehung des Pflegekindes zur Pflegefamilie. Es erwies sich als hilfreich, wenn die Wünsche und Bedürfnisse des Kindes in Bezug auf Fragen der Beziehungsgestaltung und der Auseinandersetzung mit der Herkunftsfamilie in den Mittelpunkt gerückt wurden. Ein Minimum an Kontakt bietet die Möglichkeit, für die in allen Fällen biografisch unumgängliche Auseinandersetzung mit der leiblichen Familie. Für Besuchskontakte konnte das Fazit gezogen werden, dass weniger die Frage gestellt werden sollte, ob Kontakte sinnvoll sind, sondern vielmehr wie sie gestaltet, vorbereitet, nachbereitet und entdramatisiert werden können.

Von Seiten der Pflegeeltern gestaltet sich das Thema Herkunftsfamilie ebenso komplex und die Gefühle variieren von Sympathie über Mitleid bis hin zu Wut, Eifersucht und Angst.

Entsprechend beschrieben die Pflegeeltern die Situation vor einem Besuchskontakt mit »Angst«, »Unsicherheit«, »bekommenes Gefühl«, »aufgeregt sein« und »Sorge: kann ich den Herkunftseltern vermitteln, dass ich nicht der Feind/Konkurrent bin, dass ich sie akzeptiere«. Im Besuchskontakt haben sie das Gefühl »unter Strom zu stehen«, erleben die Situation als »unberechenbar« und fühlen gleichzeitig »den Druck, zu beweisen, dass wir die besseren Eltern sind«. Sie fühlen sich bei den Kontakten, wenn sie anwesend sind »außenvorstehend«, »hilflos, der Situation ausgeliefert«. Wenn sie gegen ihren Willen nicht anwesend sein können, beschreiben sie noch intensivere Gefühle von Hilflosigkeit und »nicht dazugehören«. Es schwingen Befürchtungen mit vor dem, was auf dem Heimweg und in den nächsten Tagen mit dem Kind zu Hause geschieht. Diese Befürchtungen bestätigen sich dann für viele regelmäßig, wenn Pflegekinder in den Stunden und Tagen nach dem Kontakt als »unruhig und verhaltensauffällig« erlebt werden, ihre »Pflegeeltern provozieren, aufgestaute Gefühle abreagieren, besonders aggressiv sind, lügen, stehlen, einnässen oder Gegenstände zerstören«.

AUSBLICK

Bei allen Themen konnten wir feststellen, wie komplex die Wünsche, Bedürfnisse und das Erleben aller am Pflegeverhältnis Beteiligten sind und wie wichtig es ist, den Einzelfall in seiner ganz einzigartigen Konstellation zu würdigen und Entscheidungen sensibel daran auszurichten. Die zentralen Funktionen von Selbsthilfe der Pflegeeltern und professioneller Unterstützung im Pflegekinderwesen wurden noch einmal deutlich. Wir freuen uns darauf, mit den Arbeitsmaterialien und Empfehlungen, die zu Projektende vorliegen werden, einen wichtigen Beitrag zu mehr Qualität im Pflegekinderwesen zu leisten.

Literatur

Reimer, D. (2008): *Pflegekinder in verschiedenen Familienkulturen. Belastungen und Entwicklungschancen im Übergang. ZPE-Schriftenreihe Nr. 19.*

Erfahrungsbericht

Von Christine Schubert



Christine SCHUBERT
christine.schubert@pan-ev.de

Junge erwachsene Pflegekinder konnten im Rahmen des Projekts »Pflegekinderstimme« (www.pflegekinderstimme.pan-ev.de) in biografischen Interviews von ihren Erfahrungen berichten und aktive und ehemalige Pflegeeltern in Workshops ihr Erfahrungswissen auf dem Hintergrund der Pflegekinderberichte reflektieren. Die Ergebnisse werden in einer Broschüre, die zukünftigen Pflegefamilien eine Hilfestellung sein soll, veröffentlicht.

Die Bereitschaft, ein Interview zu geben oder an einem Workshop teilzunehmen, war zögerlich und mit vielen Befürchtungen verbunden. Die Anfrage, ob sie ihre Lebensgeschichte erzählen würden, löste bei den ehemaligen Pflegekindern Freude aus – »dass mich nach so langer Zeit jemand danach fragt, wie ich das erlebt habe, hätte ich nie erwartet. Das ist

schon toll.« – aber auch Unsicherheiten – »was soll ich denn da sagen? Ich weiß doch vieles gar nicht so genau, so die Daten und so.« – und Ängste. Mancher Interviewtermin wurde nicht eingehalten. Durch das Erzählen wurden lang vergessene Erinnerungen wieder wach, verdrängte Fragen reaktiviert und für manche der Interviewpartnerinnen und -partner ging die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte erst nach dem Interview richtig los. Um so beeindruckender war die große Offenheit.

Für die Pflegeeltern bedeutete die aktive Projektbeteiligung einen hohen Zeitaufwand – drei ganze Samstage im Abstand von zwei Monaten – der ihnen einen großen organisatorischen Einsatz abverlangte. Die von ihnen geäußerten Befürchtungen bieten Erklärungen für die zögerliche Teilnahme an den Terminen und verdeutlichen, wie hoch die Erwartungen und Ansprüche sind, die an Pflegeeltern gestellt werden, durch Fachdienste, das soziale Umfeld, aber zum Teil auch durch sich selbst. »Wer weiß, was die Pflegekinder in den Interviews so erzählen?«, »Das gibt die familiären Konflikte aber sehr subjektiv wieder.«, »Bekommen wir da wieder zu hören, was (Pflege-) Eltern alles falsch machen?«, »Wie fließt das denn in die Jugendämter zurück?« Letztendlich konnten wir genügend Teilnehmer für jeden Workshop gewinnen.

FAZIT

Die Begegnungen mit den ehemaligen Pflegekindern und Pflegefamilien waren interessant und bereichernd. Eine veränderte, geringfügig erweiterte Perspektive reicht oft aus, das Zusammenwachsen und Zusammenleben von Pflegefamilien zu erleichtern. Dazu sollten Pflegekinder beteiligt werden, Pflegeeltern sollten informiert und gepflegt, d.h. entlastet werden und Fachdienste entlastet und besser geschult werden.

Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre

Von Henrike Hopp

Das Pflegekinderwesen hat in den letzten vier bis fünf Jahren einen Schub bekommen. In der Zeitschrift JUGENDAMT 12/2009 schrieb Dr. Thomas Meysen: »Sie ist an der Reihe, verdient die gesteigerte bundesweite Aufmerksamkeit der Kinder- und Jugendhilfe, über Wege zu ihrem Ausbau und ihre weitere Qualifizierung brauchen wir einen breiten Diskurs: die Pflegekinderhilfe in Deutschland. Und die Zeichen stehen gut!«.

Im Antrag zur »Änderung des Vormundschaftsrechts und weitere familienrechtliche Maßnahmen« vom 6. Juli 2010 heißt es: »Derzeit leben etwa 50.000 Kinder in einer von der Jugend-



Henrike HOPP
www.moses-online.de

hilfestatistik erfassten Pflegefamilie. Weitere schätzungsweise 85.000 Kinder leben in nicht registrierten Pflegefamilien«.

VERWANDTENPFLEGE

Wir Praktiker wissen, dass die benannten 85.000 Kinder überwiegend in »Verwandtenpflege« leben. In den letzten Jahren ist die Anzahl der selbst gesuchten Pflegestellen und der Verwandtenpflegestellen gestiegen bzw. öffentlicher geworden. Die Verwandtenpflege wurde »bewusster«, da der Gesetzgeber in seiner Änderung des § 27 SGB VIII diese Pflegestellen in den Blick genommen und deutlich gemacht hat, dass auch Verwandtenpflegestellen im Rahmen des § 33 SGB VIII als Hilfe zur Erziehung tätig sein können. Es ist regional immer noch sehr unterschiedlich, ob und wie viele Verwandtenpflegestellen als Hilfe zur Erziehung anerkannt werden und wie die finanziellen Leistungen für diese Pflegestellen sind. (Siehe dazu »Verwandtenpflege in der wirtschaftlichen Jugendhilfe«, Hans-Peter Ziegner, Jugendhilfereport 03.09).

KINDER MIT BEHINDERUNG IN PFLEGEFAMILIEN

Durch die Ergänzung des § 54 SGB XII können nun behinderte Kinder auch im Rahmen der Eingliederungshilfe in Pflegefamilien untergebracht werden. Für eine Unterbringung der Kinder in diesen Pflegefamilien ist allerdings eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erforderlich. Außerdem ist diese Änderung zeitlich befristet auf das Jahr 2013. Bis dahin hofft die Politik, eine »große Regelung« für alle Pflegekinder im Rahmen der Jugendhilfe gefunden zu haben.

FORSCHUNG

Es gibt zur Zeit mehrere Forschungsprojekte im Bereich des Pflegekinderwesens – unter anderem die Projekte der Uni Siegen und weitere Studien z. B. durch die Universitäten Köln, München, Ulm, Dortmund, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt. Von großer Bedeutung sind die Studien des DIJuF im Projekt »Pflegekinderhilfe«.

KONTINUITÄT DER PFLEGEVERHÄLTNISSE

Die vor einigen Jahren noch empfundene Sicherheit von dauerhaften Pflegeverhältnissen hat einen Knacks bekommen. Sowohl Urteile einiger oberer Gerichte als auch manches Gerangel um die Weiterführung der bisherigen Hilfe nach dem Wechsel auf ein anderes zuständiges Jugendamt (bei Umzug der Herkunftseltern in den ersten beiden Jahren – oder gemäß § 86 Abs. 6 SGB VIII auf den Wohnort der Pflegeeltern) hat zu einer deutlichen Verunsicherung der Fachkräfte und der Pflegeeltern geführt.

Mit der geltenden Rechtslage des BGB und des § 86 Abs. 6 SGB VIII kann eine verlässliche und kontinuierlich sichernde Pflegekinderhilfe nicht ermöglicht werden. Denn jedes neu zuständige Jugendamt kann fachlich und wirtschaftlich alles neu überprüfen und eventuell andere Notwendigkeiten sehen und andere Entscheidungen treffen. Leider ist das »Wohl des Kindes« hier sehr oft nicht handlungsleitend.

Die zukünftige Gewinnung von Pflegeeltern kann nur gelingen, wenn Pflegekinder und Pflegeeltern darauf bauen können, dass Kontinuität erwünscht und geplant wird und gemachte Vereinbarungen und erlebte Standards langfristig erhalten bleiben. Im Jahr 2008 wurde von der Uni Siegen die »Siegener Erklärung zur Kontinuität in der Biografie von Pflegekindern« veröffentlicht, in der Ziele, Arbeitsqualitäten und Fehlentwicklungen benannt wurden.

KNAPPE KASSEN – EIN FLUCH UND EIN SEGEN

Knappe Kassen führen bundesweit in manchen Jugendämtern zu absurdem Verhalten. Die Pflegekinderhilfe wird dort als löchrige Spardose betrachtet. Wie sollen so neue Bewerber motiviert werden? Diese Antwort auf knappe Kassen hat keine Chance.

In vielen anderen Jugendämtern – erst recht in NRW – führen knappe Kassen zu offensivem Denken, um die Pflegefamilien als kostengünstige und erfolgreiche Fremdunterbringung zu erhalten und sogar zu vermehren. Dabei darf der Blick auf eine fachlich durchgeführte Diagnostik und Prognose nicht verloren gehen. Die Fachkräfte müssen wissen, was die Pflegekinderhilfe leisten kann und was nicht. Nicht immer stellt sich dieses Angebot als Alternative dar, die Prüfung »ob oder ob nicht« muss jedoch gerade bei jüngeren Kindern obligatorisch sein.

VERANTWORTLICHE DER KOMMUNEN FRAGEN SICH:

Was kann ich tun – was muss ich tun, damit mir diese Familien auch weiterhin zur Verfügung stehen? Welche Rahmenbedingungen muss ich anbieten, sowohl den Pflegeeltern als auch den Fachkräften des Jugendamtes? Welche Finanzen aufbringen? Welche Standards fahren? Welche Unterstützungen und Hilfen ermöglichen?

Wichtig ist es, die guten Bedingungen auch zu benennen und öffentlich zu machen und damit der Pflegekinderhilfe einen Stellenwert zu geben. Außerdem hilft die Veröffentlichung von Standards auch, diese Qualitätsstandards zu erhalten. Was einmal öffentlich war, ist schwer wieder zurück zu nehmen. In der Pflegekinderhilfe arbeiten zu können, muss wieder erstrebenswert gemacht werden – dies gibt eine gute Chance auf mehr Pflegeelternbewerber und mehr interessierte Fachkräfte.

ARBEIT UND VERÖFFENTLICHUNGEN DES LVR-LANDESJUGENDAMTES

Eindrucksvoll erlebte ich die Entwicklung (in) der Arbeit des LVR-Landesjugendamtes, beeindruckend die Entwicklung der Arbeitskreise für die Pflegekinderdienste.

Alle Veröffentlichungen der letzten Zeit sind von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LVR-Landesjugendamtes und Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitskreise gemeinsam erarbeitet worden. Die Broschüren erhalten dadurch einen hohen Praxiswert und werden von den Pflegekinderdiensten als arbeitsweisend und arbeitsunterstützend benutzt. Die Broschüre »Rahmenkonzeption Pflegekinderdienst« galt für einige Jugendämter, die neue Pflegekinderdienste aufbauten, als Grundlage ihrer eigenen Konzepte.

Nicht der Wohnort des Pflegekindes darf über die Hilfe entscheiden, sondern der Bedarf des Kindes muss die Hilfe bestimmen. Diesem Ziel fühlen sich die Fachkräfte des LVR-Landesjugendamtes und der Pflegekinderdienst verpflichtet – ich glaube, sie sind auf einem guten Weg.



Foto: daukuta/photocase.com

Programm »Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendbegegnung an Orten der Erinnerung«

Bei Fragen zum Programm wenden Sie sich bitte an das Team der Regiestelle beim LVR-Landesjugendamt Rheinland. Wir geben gerne Auskunft.

Klaus NÖRTERSCHÄUSER
Tel 0221 809-6313
Klaus.noerterhaeuser@lvr.de

Hartmut BRAUN
Tel 0221 809-6222
Hartmut.braun@lvr.de

Brigitte SCHWEIGER
Tel 0221 809-6719
Brigitte.schweiger@lvr.de

Das LVR-Landesjugendamt Rheinland organisiert nach ersten Vorläuferprojekten mit Lidice als Regiestelle seit 2008 Fahrten in das europäische Ausland unter dem Titel »Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendbegegnung an Orten der Erinnerung«. Ziel des auf Langfristigkeit angelegten Programms ist die internationale Jugendbegegnung mit individuell beeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen. Dazu arbeitet das LVR-Landesjugendamt mit Trägern der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe zusammen, die die Fahrten organisieren und verantworten. Anlass der Reisen ist im Sinne des Europäischen Einigungsprozesses die Notwendigkeit, an Gräueltaten deutscher Truppen während des Zweiten Weltkriegs zu erinnern und daraus erwachsend die Notwendigkeit zu unterstreichen, dass es eine gemeinsame Verantwortung aller gibt, dass so etwas in einem geeinten Europa für die Zukunft zu verhindern ist.

Für die von uns angesprochenen Jugendlichen bedeutet dies ebenfalls eine Auseinandersetzung mit einer Perspektive im Arbeitsleben, welche sich nicht nur auf den eigenen Nahraum bezieht. Viele Jugendliche mit eigenem Migrationshintergrund sind innerhalb des Programms das beste Beispiel dafür, dass eine europäische Orientierung in Zukunft immer notwendiger wird, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Es ist mittlerweile gelungen, neben Sant Anna di Stazzema in Italien auch verlässliche Kontakte mit Maillé /Frankreich, Ano Viannos /Kreta-Griechenland, Lety /Tschechische Republik und Baranivka /Ukraine aufzubauen.

Die Mittel werden über das Land aus dem Kinder- und Jugendplan NRW sowie aus LVR-Eigenmitteln zur Verfügung gestellt.

Der nachfolgende Bericht von Hannelore Steinert zur Feier anlässlich der Wiedereröffnung der Gedenkstätte über das ehemalige Konzentrationslager für die Volksgruppe der Roma in Lety erläutert die Idee und Resonanz dieser Delegationsfahrt des LVR.

»DIESEN TAG WERDE ICH NIE VERGESSEN ...«

Es war ein aufregender Tag für die sieben Jugendlichen der Jugendwerkstatt Köln und ihre beiden Begleiter. Nachdem sie ab dem 3. Mai 2010 jeden Tag gemeinsam mit Jugendlichen der Berufsschule Tabor/Tschechien an der Neugestaltung der Roma-Gedenkstätte in Lety gearbeitet hatten, fand zehn Tage später die Einweihung statt. Vertreter der tschechischen Regierung, der Deutschen Botschaft in Prag, der Gedenkstätte Lidice und der Opferverbände hatten sich angesagt. Ebenso ca. 300 Roma-Jugendliche aus ganz Tschechien und einige Schulklassen. Die Gedenkstätte für das ehemalige Roma-Konzentrationslager Lety, das sogenannte »Zigeunerlager«, liegt im Wald, neben dem eigentlichen Gelände des ZL. Hier,

Hannelore STEINERT
Bildungsreferentin
beim Bildungswerk der
Humanistischen Union

auf dem Notfriedhof, wurden die Opfer der Flecktyphus-Epidemie im Lager begraben. Auf dem hier im Jahr 1995 durch die tschechische Regierung errichteten Gedenkstein ist zu lesen »Den Opfern des Zigeunerlagers Lety 1942–1943. Vergesst sie nicht! Ma bisterem!« Über die Geschichte des Lagers und über Roma in Tschechien (und Deutschland) hatten die Jugendlichen bereits in Köln einiges erfahren.

Schon sehr zeitig trafen die Jugendlichen und ihre Begleiter, Iris Deckers und Uli Michalski, an der Gedenkstätte ein. Ebenso die tschechischen Partner. Ein wenig schüchtern standen sie am Rand und beobachteten das Geschehen: Alle hatten für diesen Tag »offizielle« Kleidung mitgenommen. »Ich habe ein weißes Hemd und eine schwarze Hose angezogen, ist das in Ordnung?« fragte Muhamed. Die gesamte Gruppe war sich der Feierlichkeit wohl bewusst. Nach und nach trafen alle offiziellen Vertreter an der Gedenkstätte ein. Sowohl die Angehörigen der Deutschen Botschaft als auch der Vertreter des Verbandes der Roma-Opfer von Lety, Čeněk Růžička, hatten von dem Arbeitseinsatz der jungen Deutschen gehört und wollten mit ihnen sprechen – und sich bei ihnen bedanken. »Ich danke Euch, dass Ihr als junge Deutsche hier für uns gearbeitet habt«, sagte Herr Růžička den Jugendlichen. Er war jetzt auch bereit, mit ihnen zu sprechen, Erläuterungen zu geben, sich mit ihnen fotografieren zu lassen.

Gemeinsam mit den beiden Vertretern des Landschaftsverbandes Rheinland, Astrid Natus-Can und Christoph Gilles, traten sie an die Gedenkstätte und legten zu dem Meer von Blumen ihre Rosen nieder, zündeten Kerzen zum Gedenken an die Opfer an. Schweigend verharrten sie einen Augenblick, bevor sie sich zu allen anderen Besuchern stellten. Warum sie hier waren, dass sie an der Gedenkstätte gearbeitet hatten, sprach sich sehr schnell herum. Zahlreiche Pressefotografen und das Fernsehen fotografierten und filmten sie. Obwohl es keine deutsche Übersetzung gab, sie also nichts von allen offiziellen Reden verstanden, blieben die Jugendlichen bis zum Ende der Veranstaltung ernst und still auf ihrem Platz stehen. Besonders erschütterte sie die Worte eines alten, von Krankheit gezeichneten Mannes, der an das Mikrofon trat und den Anwesenden sagte, dass er im Lager Lety geboren wurde. Sein Überleben ist fast ein Wunder, denn von den 38 Säuglingen im Lager starben 36 an Kälte, Unterernährung und Krankheiten. Nach der Gedenkzeremonie sprach der Priester, der die Gedenkstätte neu geweiht hatte, den Jugendlichen ebenfalls seinen Dank aus. »Woher kommt Ihr? Warum habt Ihr hier mitgearbeitet?« fragte er. Die Gespräche hätten noch lange fortgeführt werden können.

Nach einem kleinen Empfang führen alle weiter nach Mirowice, einem kleinen Ort in der Nähe von Lety. Auf dem dortigen Friedhof waren die ersten Toten des Lagers in Massengräbern beigesetzt worden. »Das sind ja fast alle Kinder, und so viele waren erst zwei oder drei Jahre alt!« Marco, Ronja und Sezer waren fassungslos. Die ältesten Roma-Kinder waren so alt wie die deutschen Jugendlichen: 17 oder 18 Jahre. Eine Skulptur wurde vor einigen Jahren vom Roma-Opferverband zum Gedenken an die Toten an den Massengräbern errichtet. Auf schwarzen Steintafeln sind die Namen, Geburtstag und -jahr und das Todesdatum der beigesetzten Roma festgehalten. Auch hier legten die Jugendlichen schweigend Blumen nieder und zündeten Kerzen an: Dieses Denkmal und der Friedhof in Mirowice sind für die tschechischen Roma, für die Nachkommen der wenigen Überlebenden, ein wichtiger Ort. Herrn Růžičkas eindringliche Worte, hier gab es eine englische Übersetzung, machten die Jugend-



lichen nachdenklich. Nach einem kurzen Gebet und einem Gang über den Friedhof trafen sich alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen wieder an ihrem Bus. Es gab noch viele Fragen, aber auch das Bedürfnis, über diesen Tag, über die Zeit in Tschechien noch einmal nachzudenken.

»Den heutigen Tag werden wir nie vergessen!« sagten Carolyn und Ronja, Marco, Sezer, Muhamed und Jeffrey zum Abschluss aus tiefstem Herzen.

Kinderschutz und Frühe Hilfen in Israel – Fachkräfteaustausch zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen

Von Sandra Eschweiler und Heidi Knapp

Vom 22. bis 28. Mai 2010 fand im Rahmen eines vom ehemaligen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführten Fachkräfteaustauschs zum Themenkomplex »Kinderschutz« zwischen Israel und NRW ein Gegenbesuch der nordrhein-westfälischen Delegation in Israel statt.

DIE GESELLSCHAFTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Die israelische Bevölkerung besteht aus Einwanderern aus über 120 Herkunftsländern. Zu den jüdischen Israelis gehören auch mehr als eine Million (neue) Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, die in den 90er-Jahren einwanderten, und fast 100.000 äthiopische Einwanderer. Hinzu kommen die nach der Staatsgründung im Land verbliebenen palästinensischen Araber, die eingebürgert wurden. Von den 7,2 Millionen Einwohnern (Stand 2007) sind etwa 80 % jüdische und ca. 20 % arabische Israelis. Jüdische und arabische Israelis leben überwiegend getrennt in unterschiedlichen Stadtteilen oder Städten. Ihre Bildungswesen sind separiert, auch aufgrund des Gebrauchs der unterschiedlichen Sprachen. Obwohl die arabische Bevölkerung nach dem Gesetz gleich gestellt ist, sind ihre Zugänge zum Sozialsystem und ihr Lebensstandard schlechter.

Im Jahr 2007 war ein Drittel der israelischen Bevölkerung minderjährig (in Deutschland 17 %). Die Geburtenrate in Israel steigt stetig, 2007 lag sie bei 2,9 und war mehr als doppelt so hoch wie die deutsche und die höchste in der westlichen Welt. Mehr als ein Drittel der Familien hat drei und mehr Kinder, die anderen Drittel ein bzw. zwei Kinder.

AUFWACHSEN IN ISRAEL

Nach der Geburt werden Mutter und Kind in »Baby Well Kliniken« durch die dort beschäftigten Krankenschwestern und Ärzte betreut. Die Kliniken werden landesweit als Teil des öffentlichen Gesundheitswesens vorgehalten. Werdende Mütter können schon während der Schwangerschaft begleitet werden. Im ersten Lebensjahr erfolgen etwa zehn Besuche in der Klinik, teilweise auch vereinzelt Hausbesuche. Impfungen werden dort vorgenommen, Hör-, Seh- und Entwicklungstests im Rahmen der Früherkennung durchgeführt. Die Mütter erhalten zudem Beratung bezüglich der Pflege und Versorgung des Kindes. Das Aufsuchen der »Baby Well Kliniken« ist kostenlos und für die Mütter völlig normal, da diese Vorsorge für jede Familie angeboten wird und kein Stigma darstellt.

Der Kindergartenbesuch ist in Israel keine Pflicht, es gibt allerdings ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Im Alter von drei Jahren besuchen 67 % der arabischen und 78 % der jüdischen Kinder einen Kindergarten; im Alter von fünf Jahren sind es 93 % der arabischen und 95 % der jüdischen Kinder.

Die Schulpflicht in Israel besteht vom sechsten bis zum 18. Lebensjahr. Es gibt ein Einheitsschulsystem mit einer sechsjährigen Primarschule, danach folgen die Mittel- und die Oberstufe. Die Schule endet nach dem 12. Schuljahr mit dem Abitur, das jeder zweite Schüler erreicht. Die anderen Schüler erhalten ein Abgangszeugnis. Nach dem Schulabschluss absolvieren Männer einen 36-, Frauen einen 21-monatigen Wehrdienst.

AUFWACHSEN MIT KRIEG UND TERROR

Leben in Israel heißt Leben mit Kriegen und Terroranschlägen. So wurden z. B. allein im zweiten Libanonkrieg zwischen 2004 und 2006 die Väter von über 1.200 Kindern getötet.

Eine nachhaltige und bedrückende Vorstellung vom Leben in ständiger Angst bekommt man in Sderot, einer Stadt mit etwa 20.000 Einwohnern, die gegenüber dem Gazastreifen liegt. Von April 2001 bis Januar 2009 war die Stadt Ziel von Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen. Es sollen über 8.600 Raketen abgefeuert worden sein, das bedeutet durchschnittlich zwischen drei und vier Raketen pro Tag. Es gibt ein Frühwarnsystem »Tseva Adom«, jedoch bleiben bis zum Raketeneinschlag nur fünfzehn Sekunden Zeit, um Schutz zu suchen. Dementsprechend sind, um nur einige Beispiele zu nennen, die Schulhöfe mit Stahlbeton überdacht und die Bushaltestellen gleichzeitig als Bunker konstruiert. Es finden diverse An- und Umbauten an Häusern statt, um zusätzliche Schutzräume zu erhalten, die vom Verteidigungsministerium finanziert werden.

Aber auch in Städten, die nicht in Grenzgebieten liegen, spielt der Terror eine Rolle: In Netanya, einer Stadt mit 200.000 Einwohnern am Mittelmeer, erfolgten innerhalb von acht Jahren 17 Terroranschläge.

KINDEWOHLGEFÄHRDUNG, KINDERRECHTE UND KINDERSCHUTZ

In Israel werden 350.000 Kinder (knapp 15 %) als gefährdet eingeschätzt. Als in einem höheren Maße gefährdet gelten die Kinder der (neuen) Immigranten, Araber, ultraorthodoxen Familien und (in der zweiten oder dritten Generation) armen Familien sowie Kinder mit speziellen Bedürfnissen oder chronischen Erkrankungen.



Sandra ESCHWEILER
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6723
sandra.eschweiler@lvr.de



Heidi KNAPP
LWL-Landesjugendamt
Westfalen
Tel 0251 591-3652
heidi.knapp@lwl.org

Ein wie in Deutschland im Grundgesetz verankertes Elternrecht bzw. eine Elternverantwortung, gibt es in Israel nicht, da das Land keine Verfassung hat. Allerdings hat das Oberste Gericht entschieden, dass Kinder ein Recht auf Erziehung und Fürsorge haben.

In den Sozialdiensten der israelischen Kommunalverwaltungen arbeiten sozialpädagogische Fachkräfte, die Familien Beratung und Hilfe anbieten. Für Kindeswohlgefährdungen sind besonders ausgebildete Kinderschutzkräfte (mit einer zweijährigen Zusatzausbildung) zuständig. Das »Gesetz zum Schutz von minderjährigen und hilflosen Personen vor Missbrauch« verpflichtet die Bürgerinnen und Bürger, jeden Verdacht auf eine Gefährdung zu melden. Die Kinderschutzkraft muss dieser Meldung umgehend nachgehen. Meistens wird die Polizei zur strafrechtlichen Verfolgung mit einbezogen.

Eine Herausnahme von Kindern aus der Familie ist nur durch einen Gerichtsbeschluss oder durch die Kinderschutzkraft bei Gefahr für Leib oder Leben möglich. Die Unterbringung von Kindern nach einer Herausnahme erfolgt bei Pflegefamilien oder in Notaufnahmehäusern. Eine solche Notaufnahmeeinrichtung ist z. B. das Shabtai Levy Haus in Haifa. Es hält zwei stationäre Gruppen für Kinder im Alter von zwei bis sieben Jahren vor: Eine Notaufnahmegruppe mit einer Verweildauer von einer Woche bis zu sechs Monaten und eine Gruppe für stark vernachlässigte Kinder. In letzterer bleiben die Kinder für vier bis sechs Monate mit dem Auftrag, die Vernachlässigung »auszugleichen« und die Kinder in den elterlichen Haushalt zurückzuführen. Sollte dies nicht möglich sein, erfolgt ein Wechsel in eine Pflegefamilie oder in ein Heim.

ZENTREN FÜR FRÜHE HILFEN

Die unter dem Begriff »Frühe Hilfen« zusammengefassten Angebote in Israel sind relativ jung. Ihr Ziel ist, individuelle (Entwicklungs-)Rückstände aufzuholen und die sozialen Lücken (zwischen Kindern mit und ohne Entwicklungsrückständen) zu schließen bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen. Als Kriterium für den Erfolg wird häufig das Erlangen des Abiturs bzw. ein erfolgreiches Durchlaufen des Militärdienstes genannt.

Zur Schaffung einer finanziellen Absicherung und von eindeutigen Zuständigkeiten für die Frühen Hilfen bzw. die in diesem Bereich arbeitenden Zentren, wurde auf Initiative von Frau Olmert, Ehefrau des früheren Ministerpräsidenten, das »Nationale Programm für gefährdete Kinder und Jugendliche« unter Federführung des Sozialministeriums gegründet. Für eine langfristige Planung der Frühen Hilfen wurde ein Mehrjahreshaushalt entwickelt. Das Nationale Programm wählt die (derzeit etwa 400) überwiegend interdisziplinären Programme aus, die den Kommunen angeboten werden. Die Programme sind mittlerweile in fast 60 Kommunen (von 270) vertreten.

Ein Kernelement der Arbeit der Zentren ist die Vernetzung und Kooperation aller »am Kind arbeitenden« Professionellen aus den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Bildung. Viele der uns vorgestellten Zentren arbeiten in enger Kooperation (teilweise im gleichen Haus) mit der örtlichen »Baby Well Klinik«, die den frühen Zugang zu den Familien hat. Andere Zentren haben Kindergärten/-krippen integriert, z. B. das Hapaot Zentrum in Tirat Carmel. Häufig suchen die Fachkräfte der Zentren die umliegenden Kindergärten regelmäßig auf, um dort Diagnostiken durchzuführen.

Die Angebote der Zentren sind inhaltlich unterteilt in Förderung und Behandlung.

FÖRDERUNG

Die Programme der Förderung finden überwiegend in Spielgruppen, Kursen für Jugendliche, Elternkursen und Eltern-Kind-Gruppen für verschiedene Altersgruppen, mit den Zielen der Entwicklungsförderung der Kinder, der Stärkung der Erziehungsfähigkeit sowie der Eltern-Kind-Beziehung statt.

In dem Programm »Jugendliche fördern Kleinkinder« in Netanya betreuen Jugendliche, die im zehnten Schuljahr 60 Stunden Dienst für die Gemeinde erbringen müssen, für ein halbes Jahr einmal wöchentlich nachmittags Kleinkinder. Dabei fördert ein Jugendlicher ein Kleinkind in einem vorher festgelegten Bereich. Die Jugendlichen werden zuvor zwei Wochen lang geschult. Die Eltern der Kleinkinder müssen ihre Kinder begleiten. Während die Kinder Bilder malen (bspw. wie man sich vor der Sonne schützt) erhalten die Eltern diesbezügliche Informationen durch eine Krankenschwester. Häufig werden diese »Patenschaften« anschließend freiwillig fortgesetzt.

Angeboten werden auch Programme für spezielle Bevölkerungsgruppen: PACT (Parents and Children Together) umfasst z. B. spezielle Förderangebote für aus Äthiopien stammende Familien. Viele der Eltern haben keine Schulbildung erhalten. Ziel ist, den Kindern (auch über ihre Eltern) die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie für die Schule und das weitere Leben benötigen, unter Beibehaltung der eigenen Kultur. Es gibt beispielsweise einen Väterkurs, in dem den Vätern die Grundlagen der israelischen Gesellschaft vermittelt und sie ermutigt werden, eine aktive Rolle im Leben ihres Kindes zu übernehmen. Eltern, die bereits diese Kurse besucht haben, vermitteln die Angebote als »Brückenbauer« in ihrer Gemeinde. Für aus dem Kaukasus stammende Immigranten gibt es in Sderot ein Programm zur Vorbereitung Jugendlicher auf den Militärdienst (als dem Eingangstor in die israelische Gesellschaft), das landesweit Beachtung und Nachahmung gefunden hat.

Ein ganz anderes Projekt findet sich in einer ultraorthodoxen Siedlung in Safed. Dort leben 3.000 Menschen in fünf Hochhäusern und häufig Familien mit zehn Personen in 2,5-Zimmer-Wohnungen. Da es keine Spielmöglichkeiten für die dort lebenden Kinder gab, haben sich mehrere Mütter zusammengeschlossen und in Kooperation mit der Stadtverwaltung bewirkt, dass ein

Luftschutzbunker in Spielräume umgewandelt wurde. Dort finden sowohl vor- als auch nachmittags Mutter-Kind-Gruppen für verschiedene Altersgruppen statt. Im Gegensatz zu den Bewohnern sind die Mitarbeiter nicht ultraorthodox. Normalerweise würde kein Dialog zwischen ihnen erfolgen, in diesem Projekt wurde allerdings eine Verständigungsbasis gefunden.

BEHANDLUNG

Die unter dem Begriff Behandlung zusammengefassten therapeutischen und pädagogischen sowie alltagspraktischen Hilfen finden sowohl in den Zentren als auch in aufsuchender Form – z. B. im Kindergarten oder bei der Familie zu Hause – statt.





Abschlusstreffen der beiden Delegationen

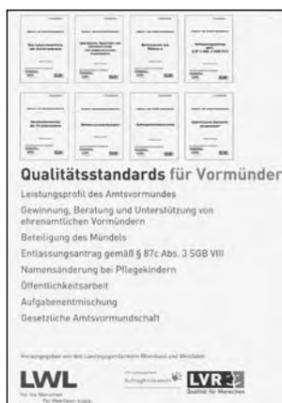
Der Regelumfang ist eine Stunde, bei einem höheren Bedarf zwei Stunden wöchentlich je Kind. Im Rahmen der Behandlung werden auch gefährdete Kinder ambulant betreut, die durch den Sozialdienst gemeldet werden oder durch eine gerichtliche Anordnung an das Zentrum vermittelt werden. Als Beispiel wurde uns eine Familie mit vier Kindern benannt: Die Mutter erhält einmal wöchentlich eine Therapiestunde bei der Psychologin, zwei der Kinder haben ebenfalls eine Wochenstunde Therapie mit der Mutter im Zentrum, ein Kind erhält eine Therapiestunde zu Hause und die Mutter ein einstündiges Haushaltstraining. Diese Familie erhält somit fünf Stunden pro Woche ambulante Unterstützung, davon zwei in ihrem Haushalt.

Häufig bieten die Zentren Schulungen für externe Fachkräfte an, z. B. für Erzieherinnen in Kindergärten, Tagesmütter, Lehrkräfte. Die Ausbildung und ständige Weiterqualifizierung der Fachkräfte in den Zentren haben einen hohen Stellenwert, fast alle Fachkräfte haben einen akademischen Abschluss (bspw. in Ergo- oder Sprachtherapie, Heilpädagogik, Psychologie, Sozialarbeit).

EINE PERSÖNLICHE ANMERKUNG ZUM SCHLUSS

Dieser Austausch war für uns nicht nur eine fachliche, sondern auch eine persönliche Bereicherung. Wir konnten das Land Israel und seine – jüdischen wie arabischen – Bewohnerinnen und Bewohner und Institutionen intensiver kennen lernen, als das auf Reisen normalerweise möglich ist. Unser Dank gilt neben dem ehemaligen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen auch den faszinierenden Kolleginnen der israelischen Delegation und unserer Dolmetscherin. Sie haben uns einen umfassenden Einblick in das System und die Einrichtungen gegeben, aber auch kulturelle und historische Stätten gezeigt. Sie haben geduldig unsere unzähligen Fragen beantwortet und uns offen an ihrem Leben und ihren Erfahrungen teilhaben lassen.

Eine Langfassung dieses Berichtes können Sie bei Sandra Eschweiler, unter Tel 0221 809-6723 oder sandra.eschweiler@lvr.de, anfordern.



Qualitätsstandards für Vormünder

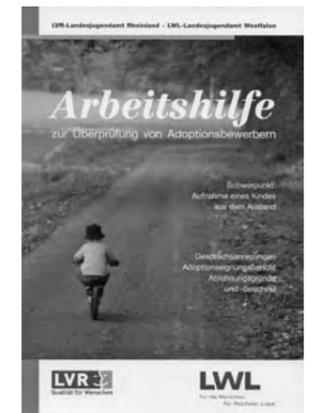
Nach einer fast dreijährigen Arbeitsphase hat der Überregionale Arbeitskreis der Amtsvormünder in NRW mit den »Qualitätsstandards für Vormünder« eine umfassende Sammlung von Arbeits- und Orientierungshilfen für das Arbeitsfeld »Vormundschaften« in Jugendämtern und Vereinen vorgelegt. Die Sammelmappe erscheint zum Zeitpunkt der Einbringung der Reformvorschriften für den Vormundschafts- und Betreuungsbereich in Bundestag und Bundesrat. Beginnend mit dem »Leistungsprofil für den Amtsvormund«, über den »Entlassungsantrag nach § 87c Abs. 3 SGB VIII« bis hin zu einer Arbeits- und Orientierungshilfe »Aufgabenentmischung«, die eine Hilfe bei der Trennung der Arbeit des Vormundes von anderen

Jugendamtstätigkeiten sein soll, bietet die Mappe Unterstützung für alle Vormünder und ihre Vorgesetzten. Dies gilt insbesondere für alle Formen der Strukturverbesserung in den Jugendämtern. Auch Wege zu einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit werden aufgezeigt.

Die Qualitätsstandards können über das LVR-Bestellsystem unter www.lvr.de oder bei Frau Breyer, hendrika.breyer@lvr.de, bestellt werden. Die Kosten betragen ab dem 4. Heft 5 Euro.

Arbeitshilfe zur Überprüfung von Adoptionsbewerbern

Das LVR-Landesjugendamt Rheinland und das LWL-Landesjugendamt Westfalen haben eine Arbeitshilfe zur Überprüfung von Adoptionsbewerbern herausgegeben. Diese enthält wichtige Anregungen und Hinweise für die Arbeit der Fachkräfte in den Adoptionsvermittlungsstellen vor Ort. Dabei liegt der Schwerpunkt des Heftes auf der Aufnahme eines Kindes aus dem Ausland. Die Fachkräfte finden hier u.a. Gesprächsanregungen und Arbeitshilfen zur Abfassung eines Adoptionseignungsberichts. Fachkräfte können die Arbeitshilfe über das LVR-Bestellsystem unter www.lvr.de oder bei Frau Druckhammer, monika.druckhammer@lvr.de, bestellen.



Jahrestagung der Zentralen Adoptionsstellen

Vom 21. bis zum 23. September 2010 fand die Jahrestagung aller Zentralen Adoptionsstellen statt, die in diesem Jahr von der Zentralen Adoptionsstelle des LVR-Landesjugendamtes Rheinland ausgerichtet worden ist.

Ziel dieser Veranstaltung ist der fachliche Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Zentralen Adoptionsstellen und der Bundeszentralstelle für Auslandsadoption im Bundesamt der Justiz (BZAA).

Hier geht es darum, gemeinsame Positionen zu besonderen Problemen auf dem Gebiet der Internationalen Adoption aus unterschiedlichsten Herkunftsstaaten zu finden. Gleichzeitig wird das Vorgehen der Zentralen Adoptionsstellen, die auch die Aufsicht über Adoptionsvermittlungsstellen in freier Trägerschaft führen, abgestimmt und vereinheitlicht. Hierzu diente auch ein Bericht zweier Kollegen, die an einer Sitzung der Special Commission für die Umsetzung des Haager Adoptionsübereinkommens in Den Haag teilgenommen hatten.

Gerhard SCHMITZ
LVR-Landesjugendamt Rheinland
Tel 0221 809-6763
Gerhard.schmitz@lvr.de

Als Schwerpunktthema, das in der öffentlichen Diskussion großes Interesse findet und in den Zentralen Adoptionsstellen zu immer größeren Herausforderungen in der Beurteilung von Einzelfällen führt, wurden die reproduktionsmedizinisch assistierten Zeugungen und die Leihmutterchaften vertieft behandelt, weil im direkten Zusammenhang regelmäßig auch die Adoption der so gezeugten Kinder beantragt wird.

Der Vortrag von Rechtsanwältin Ulrike Riedel, Staatssekretärin a. D. und Mitglied des Deutschen Ethikrates zum Thema »Rechtspolitische und ethische Fragestellungen der Leihmutterchaft« führte zu einer engagierten Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die entstandenen Kontakte zwischen Ethikrat und Zentralen Adoptionsstellen sollen zukünftig vertieft werden.



Rahmenkonzept Fachberatung ASD

Die »Fachberatung Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)« im LVR-Landesjugendamt Rheinland hat die Aufgabe, die Allgemeinen Sozialen Dienste der Kommunen im Rheinland bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Hierzu hat sie ein Rahmenkonzept erstellt, in dem u. a. die Grundlagen, Ziele, Themen und Angebote der Fachberatung ASD dargestellt werden. Das Rahmenkonzept kann über das LVR-Bestellsystem unter www.lvr.de oder bei Frau Breyer, hendrika.breyer@lvr.de, bestellt werden.

Jugendhilfe & Schule inform 2/2010

Im Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der Online-Zeitschrift geht es um den Schulversuch zur Weiterentwicklung von Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung und, damit zusammenhängend, um das Thema Inklusion.

Weiterhin finden Sie Beiträge zu den Themenfeldern Prävention, kulturelle und politische Bildung, kreatives Schreiben und interreligiöser Dialog unter Jugendlichen.

Darüber hinaus werden Ergebnisse wissenschaftlicher Studien präsentiert zu »Trägern in der offenen Ganztagschule im Primarbereich«, zu Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss in Deutschland sowie der 16. Shell Jugendstudie.

Die aktuelle Ausgabe der »inform« steht als kostenloser Download unter: www.jugend.lvr.de > Service > Publikationen zur Verfügung.



DAS JUGENDAMT. Unterstützung, die ankommt.



»Was macht eigentlich das Jugendamt?« Auf diese Frage bekommt man in der Öffentlichkeit häufig einseitige und verzerrte Antworten.

Wenn die Arbeit von Jugendämtern öffentlich diskutiert wird, dann geht es oft um Fehler und Versäumnisse. Natürlich gibt es die schlimmen Fälle, die in den Medien auftauchen und in denen Fehler gemacht wurden. Aber diese sind die seltene Ausnahme und nicht der Alltag. Darüber werden die Leistungen der Jugendämter vergessen, die jeden Tag von vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbracht werden, zum Beispiel im Bereich des Kinderschutzes, der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche oder der Familienberatung. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht einmal, dass die Jugendämter für Kindertagesstätten zuständig sind.

POSITIVE GESCHICHTEN VERMITTELN

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter plant gemeinsam mit Jugendämtern eine bundesweite Imagekampagne, die die Leistungen der Jugendämter für eine breite Öffentlichkeit sichtbar macht und dem eher negativen Image positive Bilder entgegen setzt.

Unter dem Motto »Das Jugendamt. Unterstützung, die ankommt« wird im Frühjahr des kommenden Jahres die Öffentlichkeit mit vielfältigen Aktivitäten über die Kompetenzen und das Leistungsspektrum der Jugendämter informiert. Im Zentrum stehen die vielen positiven Geschichten, die mit Hilfe des Jugendamtes Realität werden. Denn ob frühkindliche Förderung, Schutz von Kindern vor Missbrauch und Vernachlässigung oder Elternberatung: Jugendämter übernehmen wichtige Aufgaben und leisten so einen herausragenden gesellschaftlichen Beitrag.

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützte Kampagne wird bundesweit stattfinden. In Aktionswochen im Mai und im Juni 2011 sind alle Jugendämter eingeladen, sich regional mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen an der Kampagne zu beteiligen. Begleitet werden diese Aktivitäten von bundesweiter und lokaler Medienarbeit, die ein breites öffentliches Echo sichern soll. Dabei hängt der Erfolg dieser Kampagne davon ab, wie viele Jugendämter sich beteiligen, wie viele von ihnen sich und ihre Leistungen sichtbar machen und gemeinsam bundesweit auftreten.

UNTERSTÜTZUNG

Die Jugendämter erhalten für die Umsetzung vor Ort tatkräftige Unterstützung von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: Plakate und Werbemittel, 22 Seminare zur Kampagnenplanung und Medienarbeit, eine umfangreiche Kampagnenmappe inklusive CD-Rom, eine Pressemappe, einen monatlich erscheinenden Newsletter sowie Beratungs- und Serviceleistungen.

Über weitere Ideen, Gedanken von Ihnen und Beispiele gelungener Aktionen von Öffentlichkeitsarbeit freuen wir uns.

Bitte richten Sie diese und ihre Fragen an service@unterstuetzung-die-ankommt.de oder an die hotline 0221 1608213.

Sie finden die Kampagne im Internet unter www.unterstuetzung-die-ankommt.de.

Aktuelles aus der Gesetzgebung

Unter dieser Überschrift erhalten Sie einen Überblick über wichtige jugendhilferrelevante neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen sowie über aktuelle Gesetzesvorhaben

AUS DER BUNDESGESETZGEBUNG

HAUSHALTBEGLEITGESETZ 2011

Der Bundestag hat am 28. Oktober 2010 das Haushaltsbegleitgesetz 2011 in der Ausschussfassung (BT-Drs. 17/4306) verabschiedet. Der Bundesrat hat das Gesetz am 26. November 2010 gebilligt. Das Gesetz sieht im Bereich des Elterngeldes vor, dass die Ersatzquote ab einem zu berücksichtigenden Einkommen von 1.200 Euro monatlich von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt wird. Außerdem wird die Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes bei Bezug von Sozialleistungen, insbesondere bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II, aufgehoben werden.

GESETZENTWÜRFE ZUR ÄNDERUNG DES SGB II UND XII

Am 29. Oktober 2010 hat die erste Beratung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuchs (BT-Drs. 17/3404) im Bundestag stattgefunden. Durch die Neuregelungen soll dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 Rechnung getragen werden.

Der Bundesrat hat in der Sitzung am 26. November zu dem Gesetzentwurf umfangreich Stellung genommen (BR-Drs. 661/10).

Nach der Neubemessung liegt die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene bei 364 Euro. Leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche bekommen ein eigenständiges Sozialgeld. Jugendliche zwischen 14 bis unter 18 Jahren

erhalten 287 Euro, Kinder zwischen 6 und 13 Jahren 251 Euro und Kinder unter 6 Jahren 215 Euro im Monat.

Der Entwurf sieht vor, dass bedürftige Kinder ab dem 1. Januar 2011 einen Rechtsanspruch auf Teilhabe und Bildungsförderung haben. Hierzu sollen Kinder und Jugendliche ein Bildungspaket als Sachleistung erhalten. Es besteht aus vier Komponenten. Kinder, die nach Bescheinigung ihrer Lehrer Unterstützung benötigen, bekommen die Nachhilfe bezahlt. Die Abrechnung soll über Jobcenter bzw. die Kommunen erfolgen.

Weiterhin sollen jedem hilfebedürftigen Kind personengebundene Gutscheine zur Verfügung gestellt werden. Diese können für Musikunterricht, außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, Kurse kultureller Jugendbildung oder für die Teilnahme an Freizeiten eingelöst werden. Das geplante Schulbasispaket sieht vor, dass Eltern zum 1. August 70 Euro und zum 1. Februar 30 Euro für Schulmaterialien erhalten. Außerdem ist ein Gutschein von 30 Euro im Jahr für die Teilnahme an eintägigen Ausflügen Teil des Schulbasispakets. Zudem sollen Eltern hilfebedürftiger Kinder mit dem Bildungspaket einen Zuschuss von ca. 2 Euro zum Mittagessen in der Schule oder Kita, wenn der Träger ein solches Essen anbietet, bekommen.

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES VORMUND-SCHAFTS- UND BETREUUNGSRECHTS

Am 11. November 2010 ist die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreu-

ungsrechts (BT-Drs. 17/3617) im Bundestag erfolgt. Der Gesetzentwurf ist zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen worden.

VERLÄNGERUNG DER VERJÄHRUNGSFRISTEN BEI SEXUELLEM MISSBRAUCH

Am gleichen Tag ist im Bundestag in erster Lesung ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (BT-Drs. 17/3646) behandelt worden, der die Verlängerung der straf- und zivilrechtlichen Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen vorsieht. Die strafrechtliche Verjährungsfrist soll hiernach auf 20 Jahre, die zivilrechtliche Verjährungsfrist auf 30 Jahre verlängert werden. Der Gesetzentwurf ist zur weiteren Beratung u. a. an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

KINDERZUSCHLAG

Das Bundeskabinett hat am 20. Oktober 2010 eine Änderung im Bundeskindergeldgesetz beschlossen, wonach der Kinderzuschlag künftig neben der bisherigen Geldleistung in Höhe von 140 Euro auch Leistungen für eintägige Schulausflüge, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, einen Zuschuss zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben umfasst.

GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG DER ZWANGSHEIRAT

Die Bundesregierung hat in der Kabinettsitzung am 27. Oktober 2010 den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften beschlossen.

Das bislang in § 240 Strafgesetzbuch enthaltene Regelbeispiel soll gestrichen werden und ein eigener, ausdrücklich als »Zwangsheirat« bezeichneter Straftatbestand eingeführt werden. Ferner sieht der

Gesetzentwurf für ausländische Opfer von Zwangsverheiratungen, die als Minderjährige in Deutschland waren und nach der Zwangsheirat an der Rückkehr nach Deutschland gehindert werden, unter bestimmten Voraussetzungen ein eigenständiges Wiederkehrrecht vor. Weiterhin soll die Antragsfrist zur Aufhebung einer Zwangsheirat verlängert werden.

BUNDESFREIWILLIGENDIENST

Die Bundesfamilienministerin hat am 18. November 2010 einen Gesetzesentwurf für den neuen Bundesfreiwilligendienst vorgestellt, der zum 1. Juli 2011 eingeführt werden soll. Der neue Dienst steht Männern und Frauen ab Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen und kann im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch in weiteren Bereichen wie Sport, Integration und Kultur geleistet werden. Die Dauer beträgt in der Regel ein Jahr, mindesten sechs und höchstens 24 Monate. Der Bundesfreiwilligendienst ist grundsätzlich Vollzeit zu leisten. Sofern die Freiwilligen älter als 27 Jahre sind, ist auch Teilzeit von mindestens 20 Wochenstunden möglich. Die Freiwilligen werden gesetzlich sozialversichert.

AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

DÜSSELDORFER TABELLE

Ab dem 1. Januar 2011 wird die neue Düsseldorfer Tabelle gelten. Die Änderung erfolgt, weil der notwendige Eigenbedarf (Selbstbehalt), der einem Unterhaltspflichtigen verbleibt, angepasst wird.

Monatlich aktuelle Informationen zu Rechtsfragen aus der Kinder- und Jugendhilfe bekommen Sie im Newsletter »Rechtsfragen der Jugendhilfe« des LVR-Landesjugendamtes Rheinland, den Sie unter www.lvr.de/jugend > Service abonnieren können.



Regine TINTNER
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-4024
regine.tintner@lvr.de



Bericht aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses, Dokumentationen der Jugendhilfekonferenzen und der Vorlagen des Landesjugendhilfeausschusses finden Sie im Internet unter www.lvr.de > jugend

Andrea FISCHER-GEHLEN
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6204
andrea.fischer-gehlen@lvr.de

In seiner Sitzung am 30. September 2010 hat der Landesjugendhilfeausschuss unter anderem entschieden, das Revisionsvorhaben der Landesregierung NRW zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) aktiv zu begleiten.

Christoph Gilles vom LVR-Landesjugendamt berichtete dem Ausschuss über die Arbeit und den Bericht der Enquete-Kommission III »Effektive Präventionspolitik« des Landtags. Die Kommission war beauftragt, Vorschläge für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

Angelika Nieling aus dem Fachbereich Kinder und Familie des LVR-Landesjugendamtes gab einen Zwischenbericht zum Modellprojekt »Modell zur Bildung, Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung vor dem 3. Lebensjahr«. Das Modellprojekt wird derzeit in Zusammenarbeit mit dem Sozialpädagogischen Institut Köln durchgeführt. Prof. Dr. Rainer Strätz vom Sozialpädagogischen Institut Köln hat die Ergebnisse aus dem Modellprojekt in der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 30. November 2010 präsentiert.

Abschließend informierten LVR-Jugenddezernent Reinhard Elzer und die Fachbereichsleiterin Kinder und Familie, Dr. Carola Schneider, die Ausschussmitglieder zum Investitionsprogramm U 3 über die regionale Steuerung der Bewilligung von Fördermitteln.

Ausbau des Ganztags in NRW geht weiter

Von Alexander Mavroudis

Seit 2003 wird der Ganzttag in Nordrhein-Westfalen schrittweise ausgebaut. Im laufenden Schuljahr 2010/11 sind rund 85 Prozent aller Schulen der Primarstufe offene Ganztagschulen; rund 50 Prozent der Hauptschulen bereits Ganztagschule oder führen schrittweise den erweiterten Ganzttag in gebundener Form ein; bei den Realschulen sind es rund 23 Prozent und bei den Gymnasien rund 22 Prozent, die auf dem Weg in den gebundenen Ganzttag sind.

Hinzu kommen vielfältige ganztagsorientierte Angebote zur pädagogischen (Übermittags-) Betreuung und/oder in Form von – an den Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen orientierten – Lernangeboten an Schulen der Primarstufe sowie an allen Schulen der Sekundarstufe I.

Dieser Ausbauprozess soll fortgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist festgelegt: »Wir wollen den Ganzttag ausbauen und dafür flexible Modelle ermöglichen. Ein gelingender Ganzttag stellt hohe Qualitätsanforderungen. Dass die Landesförde-

rung für die offene Ganztagsgrundschule stagniert, gefährdet zunehmend die Qualität des Ganztags vor Ort. Deshalb wollen wir die Pauschale erhöhen und damit Qualität sichern. Die Einbindung von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und der Kultur bei der Gestaltung des Ganztags ist bedeutsam und soll partnerschaftlich weiter entwickelt werden.« (Kapitel II zu » Bildung«, Seite 8)

NEUE ERLASSENTWÜRFE

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen Mitte Oktober 2010 neue Erlassentwürfe zum Ganzttag vorgelegt. Hier heißt es: »Die Landesregierung beabsichtigt den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau von Ganztagsangeboten und schulischen Betreuungsangeboten. Die Landesregierung strebt damit die folgenden für eine bedarfsgerechte, kohärente und qualitativ anspruchsvolle Bildungs-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik zentralen Ziele an:

- die umfassende Bildungsförderung möglichst aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund,
- die Unterstützung der Eltern in der Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben,
- die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die Stärkung der Kommunen als attraktive Bildungsstandorte, auch im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung,
- die Beteiligung der Eltern sowie der Kinder und Jugendlichen an Konzeption und Umsetzung der Angebote,
- die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, Kultur, Sport und weiteren Partnern im Rahmen einer kommunalen Bildungsplanung.«

Zur Umsetzung dieser sehr umfangreichen Ziele sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen. So soll der weitere quantitative Ausbau von offenen Ganztagschulen im Primarbereich möglich sein. Das betrifft sowohl neue Schulen als auch die Erhöhung der Platzzahl an bestehenden Schulen der Primarstufe. Für das Schuljahr 2011/2012 sollen nach aktuellem Stand mindestens weitere 10.000 offene Ganztagsplätze eingerichtet werden können.

Um die Qualität in der offenen Ganztagschule zu steigern, ist eine Erhöhung der Landesförderung um rund 14 Prozent vorgesehen. Das bedeutet u.a., dass der Grundfestbetrag auf 700 Euro pro Schuljahr und Kind beziehungsweise 1.400 Euro für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigen soll; auch die Festbeträge für 0,1 Lehrerstellen sollen auf 235 Euro pro Kind beziehungsweise 490 Euro pro Schülerin oder Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhöht werden.

Gleichzeitig sollen die Initiativen zur Qualitätsentwicklung fortgesetzt werden. Hierzu gehören u.a. Angebote der Serviceagentur »Ganztägig lernen Nordrhein-Westfalen« wie Fortbildungen und Arbeitshilfen. So wird Ende des Jahres 2010 ein Ratgeber »Recht im Ganzttag« erscheinen. Bereits Ende Oktober wurde eine Arbeitshilfe zum Thema »Maßnahmen erzieherischer Förderung im Ganzttag« veröffentlicht, die u.a. Praxisbeispiele für die Integration von Hilfen der Erziehung für Kinder im Ganzttag bietet (Bezug und Informationen unter www.ganzttag.nrw.de).

Betreuungs- und Förderangebote an Schulen der Primarstufe, die keine offene Ganztagschule sind bzw. werden können/wollen, können bis auf weiteres über die Programme »Acht

Für die offene Ganztagschule im Primarbereich:



Dr. Karin KLEINEN
Tel 0221 809-6940
karin.kleinen@lvr.de

Für den Ganzttag in der Sekundarstufe I:



Alexander MAVROUDIS
Tel 0221 809-6932
alexander.mavroudis@lvr.de

bis eins« und »Dreizehn plus« weiter gefördert werden.

Der Ausbau des gebundenen Ganztags an Schulen der Sekundarstufe I soll bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Schulen, die im Schuljahr 2011/12 oder später den gebundenen Ganzttag einführen wollen, können bereits jetzt eine Interessensbekundung bei der zuständigen Schulaufsicht einreichen.

Darüber hinaus werden über das Programm »Geld oder Stelle« auch zukünftig ganztagsorientierte Angebote der »pädagogischen Übermittagsbetreuung« an allen Halbtagschulen der Sekundarstufe I gefördert.

KOOPERATION MIT DER JUGENDHILFE WIRD FORTGESETZT

Aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe ist bedeutsam, dass die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungspartnern – freien Trägern ebenso wie dem Jugendamt – nicht nur als konzeptioneller Baustein des Ganztags in den Erlassentwürfen erhalten geblieben ist, sondern intensiviert werden soll. So ist u. a. vorgesehen,

- das Zeitkonzept der erweiterten Ganztags Hauptschule mit 30-prozentigem Stellenzuschlag zu erweitern, u. a. um größere Spielräume für die Mitwirkung außerschulischer Partner zu erhalten;
- sogenannte »Ganztagskoordinatoren/innen« eines Jugendhilfeträgers im Ganzttag als eigenständige Personengruppe aufzuführen;
- den Schulen zu empfehlen, die Möglichkeiten des Schulgesetzes NRW zur Mitwirkung des Personals außerunterrichtlicher Träger zu nutzen.

Die Erlassentwürfe befinden sich zurzeit in der Verbändeanhörung, so dass es ggf. noch Änderungen geben wird. Auch stehen die vorgesehenen Mehrausgaben für die Erhöhung der Fördersätze in der offenen Ganztagschule und für weitere gebundene Ganztagschulen noch unter dem Vorbehalt der notwendigen Beschlüsse über den Nachtragshaushalt 2010 sowie des Landeshaushalts 2011. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die neuen Erlasse zum Ganzttag Ende 2010 verabschiedet werden und damit die grundsätzliche bildungspolitische Entwicklungslinie deutlich wird.

Die Erlasse und weitere Informationen werden dann zu finden sein unter: www.msw.nrw.de

Neue Jugendamtsleitungen im Rheinland

Mit Wirkung vom 1. November 2010 hat Claus Bürgers die Leitung des Jugendamtes der Stadt Erkelenz übernommen. Sein Vorgänger, Rolf Langenbach, tritt nach langjähriger Tätigkeit den wohlverdienten Ruhestand an.

Beate Schiffer, ehemalige Leiterin des Jugendamtes der Stadt Heiligenhaus, hat am 1. September 2010 ihre neue Stelle als Beigeordnete der Stadt Hattingen angetreten.

»Es ist alles schwieriger geworden«

Gespräch mit Peter Petschuleit, Werkpädagoge bei der Jugendberufshilfe Düsseldorf

Dieter Göbel, Fachbereichsleiter im LVR-Landesjugendamt Rheinland, sprach mit Peter Petschuleit über seine Erfahrungen in den vergangenen 30 Jahren.

Dieter Göbel: Herr Petschuleit, Sie sind gelernter Schreiner und arbeiten nun 30 Jahre als Werkpädagoge bzw. Werkanleiter in der Jugendwerkstatt der Jugendberufshilfe Düsseldorf. Weshalb sind Sie vor 30 Jahren in die Jugendwerkstatt gewechselt?

Peter Petschuleit: Im Prinzip war das eigentlich ein Zufall. Ich arbeitete als Meister in einem kleinen Handwerksbetrieb. Der Inhaber war schon über 65 Jahre alt und die Söhne wollten den Betrieb nicht fortführen. Ich bin dann auf eine Anzeige in der Zeitung gestoßen und so bin ich bei der Jugendberufshilfe Düsseldorf gelandet. Wichtig war für mich dabei, besonders viel mit Jugendlichen zu arbeiten.

DG: Die praktische Arbeit in den Jugendwerkeinrichtungen oder in den Jugendwerkstätten ist bestimmt durch die Arbeit des Sozialpädagogen und Werkpädagogen. Beide haben unterschiedliche Rollen und unterschiedliche Aufgaben. Ich weiß, dass es in dem Zusammenwirken auch immer mal wieder Spannungen gegeben hat. Wie hat sich das Zusammenspiel zwischen Werkpädagogen und Sozialpädagogen im Laufe der Zeit verändert?

PP: Die erste Zeit war es sehr anstrengend und es gab auch große Schwierigkeiten. Als Handwerker hat man sehr viel mit den Jugendlichen zu tun, fast den ganzen langen Tag. Die Sozialarbeiter dagegen haben weniger Kontakt. Aber sie vermittelten irgendwie das Gefühl, wir sind die Studierten und ihr seid die Macher. Wir hatten teilweise auch verschiedene Ansichten. Wir kamen aus dem wirklichen Leben, wie wir es draußen in der Wirtschaft vorfanden, die Sozialarbeiter dagegen hatten damals ganz andere Ansichten, sie kamen oftmals frisch von der Uni. Man muss allerdings für heute sagen, dass die sich stark gewandelt haben und wir uns immer näher gekommen sind.

DG: Würden Sie deshalb sagen, dass das oftmals spannungsbeladene Verhältnis zwischen Werkpädagogen und Sozialarbeitern heute Ihrer Erfahrung nach einer guten Kooperation gewichen ist?

PP: Ja, das würde ich sagen. Es ist sehr viel besser geworden und es ist eigentlich nicht nur besser geworden, sondern es ist einfach gut.

DG: Sprechen wir nun über die Jugendlichen. Auf jeder Fortbildung, auf jeder Konferenz, wird berichtet, ja, es wird geklagt, dass die Jugendlichen immer schwieriger werden. Was ist Ihre Beobachtung dazu in den letzten 30 Jahren?

PP: Unsere Beobachtung oder speziell meine ist, dass es wirklich schwieriger geworden ist.



Nach 30-jähriger Tätigkeit als Werkpädagoge in der Jugendwerkstatt der Jugendberufshilfe Düsseldorf geht Peter PETSCHULEIT im März nächsten Jahres in den Ruhestand. Wie kaum ein zweiter in der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII hat er die verschiedenen Zielgruppen, Konzepte und Veränderungen in der Praxis der Jugendwerkstätten miterlebt.

Wenn ich alleine schon überlege, dass ich vor einigen Jahren, also vor 10, 15 Jahren, mit Jugendlichen Kanadier und Kajaks gebaut habe, so ist dies jetzt absolut unmöglich. Das geht gar nicht mehr. Und inzwischen ist es auch so, dass man unheimlich damit beschäftigt ist, dauernd Dinge zu reparieren, die mutwillig zerstört werden. Das ist teilweise gar nicht beschreibbar. Das kann man sich eigentlich gar nicht vorstellen.

Ich habe z. B. zur Zeit einen Jugendlichen, der besonders schlimm ist. Der ist den ganzen Tag damit beschäftigt, irgendwelche Spielereien zu machen, Licht auszumachen, anderen Jugendlichen ihre Werkstücke zu zerstören oder an den Maschinen irgendwelche Teile abzubauen oder er holt sich Schrauben aus dem Lager und wirft damit durch die Gegend und alles ähnliche Dinge. Mit dem ist natürlich an eine handwerkliche Ausbildung überhaupt nicht zu denken. Dieser Jugendliche steht beispielhaft dafür, dass sich die Kompetenzen der Jugendlichen, die sich in der Jugendwerkstatt befinden, insgesamt verschlechtern haben.

DG: Das heißt, Ihre Beurteilung geht dahinaus, dass die Jugendlichen sowohl von dem kognitiven als aber auch von ihren handwerklichen Fähigkeiten schwächer geworden sind?

PP: Von den handwerklichen Fähigkeiten würde ich das eigentlich nicht sagen, sondern eher das Interesse an handwerklichen Fähigkeiten hat extrem nachgelassen. Also im Grunde genommen haben die Jugendlichen eigentlich nur im Kopf, Spaß zu haben. Und irgendwie habe ich auch den Eindruck, dass sie irgendwie aufgegeben haben, etwas zu lernen, weil sie immer als Versager dastehen. Das hält im Grunde genommen kein Mensch auf Dauer aus, immer derjenige zu sein, der nichts kann.

Und dann kommen natürlich noch die ganzen modernen Medien dazu. Die vermitteln den Jugendlichen schnelle, leichte Erfolgserlebnisse und im Handwerk sind die nicht so schnell und leicht zu bekommen. Hier zählen Anstrengung, Disziplin und Frustrationstoleranz. Davon haben unsere Jugendlichen so gut wie überhaupt nichts. Und außerdem sind sie durch den ständigen Mediengebrauch auch ständig übermüdet. Und wer übermüdet ist, kann nicht lernen.

DG: Herr Petschuleit, wenn Ihre These stimmt, dass Ihren Jugendlichen heute das Interesse, die Ausdauer und die Disziplin für handwerkliche Betätigung weitgehend abhanden gekommen ist und sogar fehlt, ist denn dann die Jugendwerkstatt mit ihren werkpraktischen Abteilungen immer noch die richtige Instanz, um diese Jugendlichen an das Leben und an den Beruf heranzuführen?

PP: Zurzeit gibt es halt nichts Besseres und ich wüsste auch nichts Besseres. Trotz aller Probleme gibt es wahrscheinlich keinen anderen Weg für diese Jugendlichen als ein Besuch einer Jugendwerkstatt, um sie auf das Leben und das Arbeitsleben vorzubereiten. Hier bei uns haben die immer die Möglichkeit, jeden Tag neu anzufangen. Wenn also ein Tag schief gelaufen ist, kann man sagen, so heute ist Schluss, du gehst jetzt nach Hause und morgen fangen wir wieder von vorne an. Das ist in der Wirtschaft nicht möglich. Und bei nicht wenigen haben wir eben immer wieder Erfolg.

DG: Ich frage mich natürlich nun, was folgt daraus? Also, was müsste eigentlich konzeptionell geschehen, unabhängig von der finanziellen Realisierung, um diese Jugendlichen besser zu fördern?



Foto: Rogna/photocase

PP: Die einzige Möglichkeit, wie wir mehr Erfolg haben können, ist, dass wir pro Werkstatt weniger Jugendliche haben.

Als wir angefangen haben, hatten wir acht Jugendliche pro Werkbereich. Jetzt haben wir teilweise 13 Jugendliche pro Werkbereich. Mit dieser Zahl ist eine individuelle Betreuung kaum noch möglich.

DG: Wenn Sie nun auf Ihre 30-jährige Tätigkeit zurück schauen, hatten Sie dann eigentlich mehr Erfolge oder war ihre Arbeit bei diesen Jugendlichen doch durch mehr Misserfolge geprägt?

PP: Im Prinzip freut man sich über jeden Erfolg, auch wenn er noch so klein ist. Da mir jedoch bewusst ist, dass nicht die Jugendlichen Schuld daran haben, dass sie diese Probleme haben, habe ich einfach das Bedürfnis, den Jugendlichen zu helfen und jeder kleine Erfolg ist wichtig und der baut einen auf.

DG: Anfang März kommenden Jahres gehen Sie in den verdienten Ruhestand mit dann 65 Jahren. Was sind Ihre Ziele und Wünsche für den neuen Lebensabschnitt?

PP: Das ist sehr schwierig zu sagen. Für mich ist das so, wenn ich alles machen würde oder wollte, was ich mir wünsche, müsste ich 150 Jahre alt werden. Ich habe mir zu Hause eine kleine Werkstatt eingerichtet, in der ich jetzt praktisch auch noch einiges machen kann. Und ich hoffe, dass ich vielleicht gelegentlich mal hier oder da auch noch mal einen kleinen Lehrgang für Jugendliche machen kann. Ansonsten bin ich auch gerne in der Natur. Das Wichtigste ist aber der Erhalt der Gesundheit.

DG: Herr Petschuleit, ich danke Ihnen für das Gespräch.

»Time out« – Reintegration nach Schulverweigerung

Von Daniela Wittwer und Philipp Hackländer

In Kooperation mit der Theodor-Wuppermann-Schule, dem Fachbereich Kinder und Jugend der Stadt Leverkusen, der Schulsozialarbeit und der Regionalleitung führte das Diakonische Werk des Kirchenkreises Leverkusen erstmals das einjährige Projekt »Time Out« zur Reintegration von Schulverweigerinnen und Schulverweigerern durch. Zur Zielgruppe gehörten neben den Schülerinnen und Schülern auch Eltern und Schule. Finanziert wurde das Projekt unter anderem über die Aktion Lichtblicke – eine Initiative der Lokalradios in NRW, Caritas und Diakonie –, das Jugendamt der Stadt Leverkusen sowie über Einzelspenden und Nachlässe.



Nach Projektabschluss ziehen alle Beteiligten ein positives Resümee. Als wichtigstes Ergebnis kann festgehalten werden, dass mit den Jugendlichen gemeinsam neue, weiterführende Perspektiven für ihr weiteres Leben entwickelt und teilweise umgesetzt wurden.

Die wesentlichen Ziele wurden erreicht, obwohl nicht in allen Fällen eine Integration in die Herkunftsklassen gelungen ist. In den Fällen der nicht gelungenen Reintegration fanden sich aber für die Jugendlichen trotzdem neue Perspektiven. Die Integrationsquote von circa 30 Prozent der Teilnehmenden muss also differenziert betrachtet werden.

In den meisten Fällen wurde im Verlauf des Projekts deutlich, welche Ursachen zur Haltung der Schulverweigerung geführt haben. Auf dieser Grundlage wurden mit Unterstützung weiterer Akteure im Netzwerk neue, angemessene Ziele und Handlungsschritte entwickelt und verfolgt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass bei der erneuten Durchführung des Projekts der familiäre Hintergrund noch intensiver mit einbezogen und mit den Jugendlichen im Familiensystem gearbeitet werden muss. Elternarbeit muss neben der Schulsozialarbeit und der verstärkten Einbindung der Lehrkräfte wesentlicher Bestandteil der Arbeit sein.

PROJEKTBE SCHREIBUNG

Das Projekt startete im Mai 2009 mit zehn ausgewählten Jugendlichen der Theodor-Wuppermann-Schule, die den Schulbesuch bis zu mehreren Monaten verweigerten. Der Schule war es in diesen Fällen nicht gelungen, den Kontakt zu den entsprechenden Familien zu intensivieren und am Problem der Verweigerung zu arbeiten.

Das Projekt wurde in verschiedene Phasen gegliedert. Nach dem Kennenlernen erfolgte eine Phase der sozialen Gruppenarbeit. Als neutraler, außerschulischer Lernort für die soziale Gruppenarbeit wurde das Jugendhaus Lindenhof gewählt. Es gab einen Stundenplan, der jedoch bei Bedarf flexibel gehandhabt wurde. Schulische Inhalte wurden hier ebenso vermittelt wie soziale Kompetenz. Das Handeln der Schülerinnen und Schüler wurde direkt mit Konsequenzen (sowohl positiv als auch negativ) durch die Gruppe und die Projektleitung bewertet. Mit entsprechenden Übungen wurden Teamarbeit, Kommunikation, Lösungsstrategien und Zeitmanagement trainiert. Wichtig waren die regelmäßigen Rituale wie gemeinsame Mahlzeiten. Für ihr gemeinsames Projekt wählten die Teilnehmenden das Thema »Graffiti«. Die Leitungen versuchten, auf individuelle Bedürfnisse einzugehen und die persönliche Entwicklung der Teilnehmenden voranzutreiben.

Die nächste Phase bestand aus der Integrationsklasse. Die Gruppe wechselte vom Jugendhaus Lindenhof zurück in die Theodor-Wuppermann-Schule. Es wurden circa 15 Schulstunden Unterricht von Lehrkräften durchgeführt. Ein konzeptioneller Schwerpunkt dieser Phase war die konzentrierte Förderung einzelner Jugendlicher im Hinblick auf ihre Stärken und Schwächen. Im Nachhinein ist festzuhalten, dass die Vermittlung der schulischen Inhalte zu schnell forciert worden ist, um die angestauten Defizite möglichst schnell aufzuholen.

Abschließend sollte die Reintegration in die Herkunftsklasse erfolgen. Anders als vorgesehen, geschah dieser Schritt relativ abrupt. Das zu frühe »Loslassen« führte bei einigen Schülerinnen und Schülern zu Problemen. Eine längere Begleitung und schrittweise Heranführung an die Schule wäre sinnvoll gewesen. Begleitet wurde diese Phase durch Reflektionstermine und ein von den Jugendlichen zu führendes Schultagebuch, in dem sie jeden einzelnen Tag kurz reflektieren mussten.



Daniela WITTWER
Diakonisches Werk Leverkusen
Tel 0214 382716
daniela.wittwer@diakonie-leverkusen.de



Philipp HACKLÄNDER
Diakonisches Werk Leverkusen
Tel 0170 4451246

PÄDAGOGISCHE ZIELE

Die pädagogischen Ziele richteten sich sowohl auf die Gruppenarbeit als auch auf die Einzelarbeit. Die Jugendlichen erarbeiteten individuelle Ziele und Ziele innerhalb der Gruppe. Eltern, Lehrkräfte und die Schulsozialarbeit wurden mit einbezogen. Immer wieder mussten die festgesteckten Ziele neu definiert und für den jeweiligen Jugendlichen angepasst werden. Zudem ergaben sich für jeden Einzelnen neue Ziele, deren Veränderungen erst in Zukunft ihre Wirkung zeigen werden. So kann es durchaus noch zu einer Reintegration in Schule oder Berufsleben zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

ZIELE DER GRUPPENARBEIT

Ein wichtiger Aspekt für die Jugendlichen war, im Rahmen der sozialen Gruppenarbeit kooperativ miteinander umzugehen. Dabei mussten sie auch lernen, negative Aspekte auszuhalten. Das Wahrnehmen der individuellen Fähigkeiten der Einzelnen und die positive Resonanz der Gruppe darüber führte bei dem Großteil der Jugendlichen dazu, dass sie selbstbewusster auftraten und auch mit Niederlagen umzugehen lernten. Die Jugendlichen wurden auf Haltung, Mimik, Gestik der Gesprächspartner der Gruppe sensibilisiert und lernten sowohl mit Lob als auch mit Kritik umzugehen. Innerhalb der Gruppe haben sie gelernt, mehr aufeinander zu achten, wobei deutlich wurde, dass viele zunächst egoistisch reagierten. Auch das gegenseitige Respektieren und Tolerieren der Unterschiedlichkeit der Personen fiel den Jugendlichen noch schwer. Deutlich wurde dies auch bei Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. In einem dreitägigen Seminar wurde diese Thematik schwerpunktmäßig behandelt. Das Erlernen von Konfliktfähigkeit und Anpassung hat gut funktioniert, auch wenn es für einige sicherlich schwierig war, Konflikte auszuhalten und diese ohne körperliche Gewalt zu lösen.

Die Gruppe hat sich trotz vieler kleiner Streitigkeiten zu einer Gemeinschaft entwickelt. Grundvoraussetzung war das Erlernen von Teamfähigkeit. Während der sozialen Gruppenarbeit sind viele an ihre Grenzen gestoßen. Das beharrliche Verfolgen von Zielen, das Auseinandersetzen mit anderen, das Zurückstecken der eigenen Ansprüche und vieles mehr war für viele eine Herausforderung. Trotzdem konnten 75 Prozent der Teilnehmenden ihre soziale Kompetenz sichtbar ausbauen.

INDIVIDUELLE ZIELE

Basis war der Aufbau einer wachsenden Beziehungsebene, bei der die Jugendlichen mit ihren Problemen ernst genommen und ihnen Wertschätzung entgegen gebracht wurde. Zu den Zielen gehörten die Stärkung des Selbstbewusstseins, des Selbstvertrauens und die Wahrnehmung der eigenen Verantwortung. Es wurde deutlich, dass dies häufig im Elternhaus zu kurz kam. Wichtige pädagogische Bausteine waren das »Ernst-genommen-werden« und das »Sich-annehmen-können« – für viele der jungen Menschen eine neue Erfahrung.

ERGEBNISSE

Drei Teilnehmende konnten ihre schulischen Defizite aufholen und in ihre Herkunftsklassen reintegriert werden, zwei davon sogar ihren Hauptschulabschluss erlangen. Einer erarbeitete sich persönliche Erfolge. Mangels Sprachverständnis und eigenem Willen scheiterte der Versuch, ihn für einen Schulabschluss zu motivieren. Bei drei Jugendlichen waren nicht

die schulischen Defizite das vorrangige Problem. Sie wurden in entsprechende Maßnahmen vermittelt. Drei Jugendlichen ist es nicht gelungen, dauerhaft ihre Fehlzeiten zu senken und gleichzeitig ihre neu erlernten Ressourcen zu nutzen.

Der Stellenwert des regelmäßigen Schulbesuchs wurde im Laufe des Projekts neu bewertet. Nicht immer stand dieses Ziel an erster Stelle. Aufgrund der jeweiligen Situation wurden andere Ziele in den Vordergrund gerückt, wobei die Reintegration in die Herkunftsklasse natürlich weiterhin verfolgt wurde.

»Chancenreich – gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut«

Von **Hanna Sim und Michael Janowicz**

Die Diakonie leistet Soziale Arbeit im Auftrag der Evangelischen Kirchen in Rheinland, Westfalen und Lippe. In vielen Arbeitsfeldern begegnen die Mitarbeitenden der Diakonie täglich Armutssituationen, insbesondere von Kindern.



Hanna SIM und Michael JANOWICZ waren bis September 2010 als freie Mitarbeitende der Diakonie RWL im Projekt »Chancenreich« tätig.

Armut von Kindern gehört aktuell zu den dringlichsten sozialpolitischen Problemen in Deutschland. Die Ursachen und Formen der Armut sind dabei vielfältig. Sie äußert sich nicht nur materiell. Einschränkungen gibt es fast immer in den Bereichen Bildung, Betreuung, Gesundheit und Versorgung. Um die Problemlage umfassend zu verbessern, ist es neben anderen Maßnahmen notwendig, vor Ort tätig zu werden – in Stadtteilzentren, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Kirchengemeinden usw. Das vielerorts bereits existierende lokale Engagement möchte die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) fördern. Sie hat deshalb gemeinsam mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe (Diakonie RWL) und in Kooperation mit weiteren Trägern das Aktionsprogramm »Chancenreich – Gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut« gestartet. Das Aktionsprogramm besteht im Kern aus drei Säulen: Einer praxisnahen Broschüre zum Thema, mehreren Regionalkonferenzen sowie einem Internetportal. Das Internetportal versammelt gute Beispiele der praktischen Arbeit gegen Kinderarmut in evangelischen Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und diakonischen Einrichtungen (www.diakonie-rwl.de/chancenreich). Der vorliegende Text zieht eine Zwischenbilanz über die gesammelten Projekte und damit die praktische Arbeit vor Ort.

PROJEKTHALTE UND THEMENSPEKTRUM

Die bisher erfassten 40 Projektbeispiele lassen sich mit einer etwa gleichmäßigen Verteilung grob in vier Kategorien unterteilen: »Beratung/Betreuung«, »Gesundheit/Versorgung«, »Freizeit/Kultur« und »Bildung/Schule«. Einige Projekte arbeiten stark themenübergreifend und sind nicht eindeutig einem bestimmten Spektrum zuzuordnen. Dazu zählen meist größere Projekte bzw. ganze Einrichtungen, die einen Schwerpunkt auf das Thema Kinderarmut legen (z. B. das Gemeindeprojekt »Eine normale Gemeinde kommt zur Diakonie« in Waldbröl). Die

Mehrzahl bilden aber eher kleinere Aktionen mit Angebotscharakter. Unabhängig von den genannten Kategorien zeichnen sich etwa ein Viertel der Projektbeispiele durch einen starken Netzwerkcharakter und/oder einen präventiven Ansatz aus und können als Bausteine zur Entwicklung eines »Netzwerk Frühe Förderung« betrachtet werden. Die Zielrichtung dieses Modellprojekts des LVR-Landesjugendamtes Rheinland wurde von der Chancenreich-Aktionsgruppe als maßgebend eingestuft und im Jahr 2010 zum Themenschwerpunkt erklärt. Die erfassten Projekte zeigen, dass die materielle Versorgung sehr häufig mit Beratungsangeboten einhergeht. Die Angebote richten sich zumeist an »alle« Kinder. Damit soll eine Etikettierung einer bestimmten Gruppe vermieden werden.



BEWEGGRÜNDE UND ZIELE DES HANDELNS

Die Beweggründe, ein Projekt gegen Kinderarmut zu initiieren, sind sehr unterschiedlich. In einigen Fällen sind es konkrete Beobachtungen, die in der praktischen Arbeit vor Ort gemacht werden. Zum Beispiel macht eine Lehrerin die Beobachtung, dass Kinder bereits hungrig in die Schule kommen und ihre Konzentration sehr schnell nachlässt (Schülerfrühstück »Täfelchen«) oder es wird festgestellt, dass allein erziehende Mütter in einem bestimmten Milieu stark isoliert und mit erheblichen materiellen wie soziokulturellen Defiziten leben (Mutter-Kind-Café Solingen). Andere Projektträger werden durch Studien, Analysen und Berichterstattungen auf die Kinderarmut vor Ort aufmerksam und entwickeln auf dieser Grundlage entsprechende Praxisprojekte in Einrichtungen, Gemeinden und Kommunen.

Unabhängig von den unterschiedlichen Beweggründen zielt die Großzahl der Aktionen darauf, benachteiligten oder von Armut bedrohten Kindern auf den unterschiedlichen Ebenen zu besseren Entwicklungschancen zu verhelfen. Viele der Projekte agieren dabei ausdrücklich niedrigschwellig, um möglichst vielen potenziellen Adressaten den Zugang zur Hilfeleistung zu erleichtern.

Es ist auffällig, dass Arbeit gegen die Armut der Kinder häufig die Arbeit mit Familien beinhaltet. Beispielhaft dafür ist das mehrfach ausgezeichnete Projekt »welcome«, das an mehreren Standorten und auch bundesweit durchgeführt wird. Bei »welcome« werden junge Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern im ersten Lebensjahr beim Übergang von der Geburt in den Alltag zu Hause unterstützt und damit entlastet.

TRÄGERSCHAFT UND KOOPERATION

Knapp drei Viertel der erfassten Projekte liegen in der Trägerschaft der Diakonie. 13 Projekte werden auf anderen Ebenen umgesetzt, vorwiegend in den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen. Die Arbeit wird somit weitgehend von Fachkräften geleistet, wobei sie häufig von Honorarkräften, Ein-Euro-Kräfte sowie Ehrenamtlichen unterstützt wird. Projekte mit einem hohen Personalbedarf sind in besonderer Weise auf den Einsatz ehrenamtlicher Arbeit angewiesen.

Viele Projekte werden in Kooperation mit mehreren Trägern umgesetzt. Dabei entsteht der Eindruck, dass eine stark vernetzte, trägerübergreifende Arbeit eine gute Voraussetzung für die

KinderZeit Mobil (Kinderrestaurant) – Velbert

Das mobile Kinder- und Jugendrestaurant bietet einen mobilen Kochkurs im direkten Lebensumfeld von benachteiligten Kindern. Dafür werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen genutzt. Gemeinsam mit den Kindern wird z. B. in leer stehenden Wohnungen, in Mietshäusern oder in Zelten auf dem Gelände von verschiedenen sozialen Einrichtungen gekocht. Jeder Kochkurs findet einmal pro Woche statt und umfasst in der Regel eine Staffel von sechs bis acht Terminen.

Starthilfe zum Schulanfang – Bonn

In einer Zusammenarbeit zwischen Diakonie und Caritas und in Kooperation mit einem großen Supermarkt wird in den Sommerferien Schulmaterial gesammelt. Dafür werden Einkaufslisten mit Material erstellt, das Schulanfänger benötigen. Vor dem Eingang des Supermarkts werden diese an Supermarktbesucher verteilt. Wer möchte, kann dann die benötigten Dinge kaufen und spenden. Mit großen Plakaten, Sonnenschirmen, Bannern etc. wird auf die Aktion aufmerksam gemacht.

Durchführung solcher Projekte ist. Kooperiert wird zum einen innerhalb der verschiedenen Bereiche (der Diakonie), aber zum Teil auch gemeinsam mit anderen freien Trägern (z. B. Caritas). Einige Projekte gehen interessante inhaltlich begründete Partnerschaften ein. Ein schönes Beispiel dafür ist das Projekt »KinderZeit Mobil« in Velbert. Hier wird mit einer festen Kindergruppe ein temporäres, mobiles Kinderrestaurant eröffnet, zu dem auch ein Kochkurs gehört. Das Projekt könnte nicht in der Form stattfinden ohne die geschickt gewählten Partner: Die Köche kommen aus dem Umschulungsprogramm einer Bildungsgesellschaft, die leeren Wohnungen werden über Baugesellschaften vermittelt und zusätzlich wird mit einer Kunstschule kooperiert, um den ästhetischen Anspruch eines Restaurants nicht zu vernachlässigen.

FINANZIERUNG

Da sich die Projekte überwiegend in der Trägerschaft der diakonischen Werke befinden, wird ein bedeutender Anteil der Kosten durch diese übernommen. In der Regel erfolgt eine Mischfinanzierung aus öffentlichen Zuschüssen/Projektmitteln, Mitteln von Stiftungen/Förderprogrammen, Kollekten, Eigenmitteln und in Einzelfällen Teilnehmerbeiträgen (z. B. bei Ferienfahrten). Es ist auffällig, dass nahezu alle Projekte zusätzlich durch Spenden unterstützt werden, einzelne sogar ausschließlich. In einigen Fällen wird auch gezieltes Fundraising für die Projekte betrieben.

Das Projekt »Starthilfe zum Schulanfang« zum Beispiel braucht kein eigenes Geld, nur ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

AUSWIRKUNGEN, ERFOLGE UND AUSBLICK

»Wir können mit unserer Arbeit Kinderarmut in Deutschland nicht beseitigen, aber wir können helfen, Notsituationen zu überbrücken und schaffen damit auch viel öffentliche Aufmerksamkeit.« Diese Aussage einer Projektmitarbeiterin aus Bonn trifft den Kern der praktischen Arbeit gegen Kinderarmut, wie sie im Rahmen des Chancenreich-Portals bislang erfasst wurde. Die Hilfe erfolgt häufig schnell, niedrigschwellig und unbürokratisch. Diese Herangehensweise bezieht sich auf die primären Zwecke der jeweiligen Angebote, kann aber auch darüber hinaus wirken: Es wird berichtet, dass die betroffenen Familien die in den Projekten ermöglichte gegenseitige Unterstützung sowie den unkomplizierten Zugang zu weitergehenden Beratungsmöglichkeiten schätzen.

Die Aktiven in der Arbeit gegen Kinderarmut werden weiterhin gebeten, mit uns Kontakt aufzunehmen, um ihre Projektbeispiele auf dem Portal vorzustellen. Ein in der Praxis erprobter

Leitfaden vereinfacht die Projektbeschreibung, bei Rückfragen und Schwierigkeiten helfen wir gerne weiter. Weitere Informationen zum Thema Kinderarmut und zum Aktionsprogramm sowie detaillierte Beschreibungen aller gesammelten Projekte sind zu finden unter: www.diakonie-rwl.de/chancenreich. Koordinator für das Projekt in der Diakonie RWL ist Nikolaus Immer, Geschäftsbereichsleiter für Soziales und Integration.



Kontakt

Christian CARLS
Onlineredaktion und
Internetkoordination
Diakonie Rheinland-
Westfalen-Lippe e.V.
Tel 0211 6398-284
c.carls@diakonie-rwl.de

Publikationen & Rezensionen

Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.)

Beteiligung gut gemacht? Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird bereits in vielerlei Zusammenhängen praktiziert. Sie darf allerdings nicht beliebig sein, wenn sie Kinder und Jugendliche und ihre Anliegen ernst nimmt.

Ein im Rahmen des NAP (Nationaler Aktionsplan »Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010«) eingerichteter Arbeitskreis hat allgemeine Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt und diese für die Bereiche Kita, Schule, Kommune, Erzieherische Hilfen und Jugendarbeit spezifiziert – das Ergebnis ist ein Heft mit Qualitätsstandards und konkreten Handlungsschritten für die Umsetzung von guter Partizipation vor Ort. Entstanden ist eine Handreichung für alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und durch qualifizierte Beteiligung ihr Umfeld kinder- und jugendgerechter gestalten wollen.

Die Broschüre können Sie unter www.kindergerechtes-deutschland.de > Publikationen als PDF herunterladen oder kostenlos unter www.bmfsfj.de bestellen.



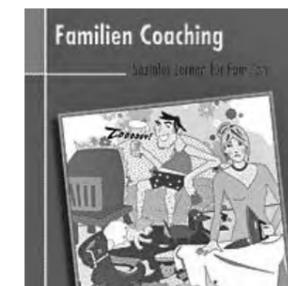
Herausgegeben vom
BMFSFJ
Berlin 2010
52 Seiten

Familien Coaching – Soziales Lernen für Familien Helmar Dießner

In diesem Praxisratgeber finden Coaches, Therapeutinnen, Supervisoren, Ausbilderinnen, Leitungen für Elternkurse ein Praxishandbuch vor, das alltagswirksame Hilfen zur Überwindung familiärer Kommunikationsprobleme aufzeigt.

Das Buch bietet prozess- und lösungsorientierte Übungen für den Familienalltag, deren Aufbau für den Anwender übersichtlich und klar strukturiert ist. Sie fordern zu notwendigen Entscheidungen, Positionsbestimmungen und zu einer neuen Wahrnehmung heraus, die sich aus dem jeweiligen Inhalt ergibt. Dabei werden Alltagsthemen, aber auch Tabuthemen behandelt.

Die Übungen dienen zur Lenkung und Auseinandersetzung mit den eigenen familiären Ressourcen. Dazu wird die eigene Wahrnehmung geschärft, es geht um Präsenz, das genaue Zuhören, Achtung, den respektvollen Umgang miteinander sowie Wertschätzung.



Erschienen im
Verlag Modernes Lernen
Dortmund 2009
256 Seiten
ISBN 978-3-938187-48-7
19,95 Euro



Erschienen bei
Juventa
Weinheim, München 2009
240 Seiten
ISBN 978-3-7799-1953-7
19,00 Euro

Familiengruppenkonferenz – Eine Einführung **Peter Hansbauer, Gregor Hensen, Katja Müller und Hiltrud von Spiegel**

Die Familiengruppenkonferenz ist ein fachliches Konzept, das Adressaten von Jugendhilfeleistungen nicht nur beteiligt, sondern sie als Entscheidungsträger im Hilfeprozess versteht. Sie bietet Familien und ihrem sozialen Netzwerk ein Forum für selbstbestimmte Entscheidungsprozesse der Problemlösung und Hilfeplanung.

Der Einführungsband zeigt die Entwicklungslinien und theoretischen Hintergründe der Familiengruppenkonferenz auf und bindet diese in den Handlungskontext der Kinder- und Jugendhilfe ein. Anschließend erfolgt die Darstellung eines umfangreichen Modellprojekts zur Implementierung von Familiengruppenkonferenzen und dessen Evaluation. Die abschließende Diskussion der Implementierung von Familiengruppenkonferenzen zeigt Konsequenzen und Perspektiven für die Kinder- und Jugendhilfe auf.

Recht der Familie und Jugendhilfe **– Arbeitsplatz Jugendamt/Soziale Dienste** **Gerhard Fieseler und Reinhard Herborth** **Rezension von Sandra Eschweiler, LVR-Landesjugendamt Rheinland**

Das Lehrbuch beginnt mit einer übersichtlichen Zusammenfassung des »Falles Kevin« auf 38 Seiten. Diese basiert auf dem Bericht des Untersuchungsausschusses der Bremischen Bürgerschaft und der »Dokumentation über die Abläufe und Zusammenhänge im Todesfall Kevin K.« des Staatsrates Ulrich Mäurer. Auch die Konsequenzen werden dargestellt und die realisierten Projekte sowie gesetzlichen Änderungen und Vorhaben bis hin zu den künftigen Anforderungen an den Kinderschutz.

In der Vorbemerkung wird erläutert, dass der »Fall Kevin« als Praxisbeispiel herangezogen wird, um aus Fehlern zu lernen. Dazu eignet sich diese Zusammenfassung gut, insbesondere die unter »Anmerkungen zum Praxisbeispiel« aufgeführten Gründe, die in individuelles Fehlverhalten, strukturelle Mängel und Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis unterteilt werden.

Das zweite Kapitel umfasst die Grundlagen des Familien(verfahrens)rechts (BGB, FamFG) und des Jugendhilferechts (Hilfen zur Erziehung und Hilfeplanung), auch in Bezug auf den Schutzauftrag. Eine ausführliche Darstellung der Situation von Kindern und Jugendlichen (auf der Grundlage des UNICEF-Berichts und der 15. Shell Jugendstudie) und der Reform des Jugendhilferechts (von der Einführung des SGB VIII bis zum FGG-Reformgesetz) – verbunden mit einer Standortbestimmung – erfolgt im dritten Kapitel »Jugendhilfe«.

Kapitel vier beschreibt die Aufgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und stellt die Träger der freien Jugendhilfe sowie das Verhältnis öffentlicher und freier Träger dar. Das fünfte Kapitel hat die Organisation sozialer Dienste zum Inhalt, das Verhältnis von Generalistentum zu Spezialisierung, die Steuerung und endet mit

– gut lesbaren – Ausführungen zum Datenschutz. Die Aufgaben der Beistandschaft, Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft (sowie Ausführungen zum Unterhaltsrecht) beinhaltet das sechste Kapitel. Das folgende geht ausführlich auf die Mitwirkung im familiengerichtlichen und – weniger ausführlich – im jugendgerichtlichen Verfahren ein.

Auf insgesamt 128 Seiten werden im achten und neunten Kapitel die unterschiedlichsten Hilfen »rund ums Kind« dargestellt, von der Schwangerschaftskonfliktberatung bis zu den Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe, wie Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Adoption etc..

Die Aufteilung der beiden Kapitel in »Hilfen innerhalb der eigenen Familie« und »Hilfe außerhalb der eigenen Familie« ist allerdings eher verwirrend. Zum einen, weil unter »Hilfe außerhalb der eigenen Familie« Leistungen wie z. B. Kindertagespflege oder Eingliederungshilfe zugeordnet werden, die zum Teil auch in der Familie erfolgen können, und zum anderen da der Begriff »außerhalb der Familie« in der Praxis der Jugendämter für stationäre Hilfen (Heimerziehung, Vollzeitpflege) genutzt wird. Ungeachtet dessen geben die beiden Kapitel einen guten Überblick über die unterschiedlichen Aufgaben und Leistungen der Jugendhilfe, ergänzt um statistische Daten zu ihrer Inanspruchnahme.

Die drei nachfolgenden und kürzeren Kapitel beinhalten die Themenbereiche Hilfen für Alleinerziehende (Hilfen nach § 18 ff SGB VIII, Beistandschaft, Unterhaltsvorschuss), Wirtschaftliche Jugendhilfe und Jugendhilfeplanung. Das letzte (13.) Kapitel bezieht sich auf die Aufsichtspflicht(-sverletzung), Haftung und die möglichen zivil- und strafrechtlichen Folgen. Im Anhang finden sich die unter Federführung des Deutschen Städtetages im Jahr 2003 entwickelten und 2009 aktualisierten und von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragenen sowie von der AGJ und vom Deutschen Verein unterstützten »Empfehlungen zur Festlegung fachlicher Verfahrenstandards in den Jugendämtern bei Gefährdung des Kindeswohls«. Das Buch endet mit einem sehr umfangreichen Literaturverzeichnis. An mehreren Stellen im Buch wird der Text durch übersichtliche Schaubilder angereichert.

Zusammengefasst beinhaltet das Buch eine ausführliche Darstellung der Rechtsgrundlagen der Jugendhilfe und verbindet diese durch das Heranziehen des Fallbeispiels, der Studien zu den Lebenslagen junger Menschen und der statistischen Daten sowie der Aufführung der gesetzgeberischen Bestrebungen gut mit der Praxis. Es vermittelt dadurch einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Jugendämter. Das Buch erreicht damit seine im Vorwort benannten Ziele – Studierenden eine Orientierung für das Recht der Kinder- und Jugendhilfe und Praktikerinnen und Praktikern mehr Handlungssicherheit zu geben. Darüber hinaus dürfte es auch für Fachkräfte und andere Professionen, die mit Jugendämtern kooperieren, durchaus lesenswert sein.



Erschienen im
Luchterhand Fachverlag
7., überarbeitete Auflage
Neuwied 2010
528 Seiten
ISBN 978-3-472-07121-1
34,00 Euro

Veranstaltungen des LVR-Landesjugendamtes Rheinland

Die aktuellen Termine im I. Quartal 2011

JANUAR

Fachtagung Jugendhilfeplanung (Nachholtermin der für 2010 geplanten Veranstaltung)

13.01.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Kommunikation und Kooperation: Offene Ganztagschule in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule

18.01.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Auf dem Weg zu einer inklusiven offenen Ganztagschule: Präsentation der Abschlussarbeiten des Aufbaubildungsgangs OGS des LVR-Berufskollegs

25.01.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

FEBRUAR

»Ich habe was zu sagen – und werde gehört«: Partizipation in Kindertagesstätten

08. bis 09.02.2011; Hennef, Sportschule Hennef

Fachgruppe Qualität im Pflegekinderwesen

10.02.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Controlling in der Jugendhilfe

14. bis 16.02.2011; Bonn, Gustav-Stresemann-Institut

Arbeitstagung der Fachkräfte aus Beratungsstellen

16.02.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Lern- und Förderkultur in der offenen Ganztagschule: Qualifizierung für die didaktisch-methodische Gestaltung

18. bis 19.02.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Management des Wandels I: Führung durch Zielvereinbarung

21. bis 23.02.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Arbeitstagung für Fachberaterinnen und Fachberater von Tageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft

22.02.2011 Köln, Zentralverwaltung des LVR

MÄRZ

Netzwerktreffen »Kommunale Strategien gegen Kinderarmut«

16.03.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

NEU IM ASD: Weiterbildungskurse

Start: 22. bis 23.03.2011; Bad Honnef, Katholisch-Soziales Institut

Forum Jugendhilfeplanung für Großstädte in NRW

22.03.2011; Veranstaltungsort wird mit gesonderter Einladung bekannt gegeben

Arbeitstagung der Fachkräfte aus Jugendwerkstätten

23.03.2011; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Begleitung kindlicher Sexualentwicklung in Tageseinrichtungen für Kinder

23.03.2011; Wesel, Luther-Haus

Von der Arbeit mit Jungen ... zur Jungenarbeit: Ein praxisbegleitendes Qualifizierungsangebot für männliche Fachkräfte

23. bis 25.03.2011; Hennef, Sportschule Hennef

Befragungen und Erhebungen in der Jugendhilfeplanung

29. bis 30.03.2011; Düsseldorf, Jugendherberge

Jahrestagung für Leiterinnen und Leiter von Jugendämtern in NRW

29. bis 30.03.2011; Bonn, Gustav-Stresemann-Institut

Alternative Handlungsstrategien: Reflexion des eigenen Verhaltens in der Arbeit und Erarbeitung alternativer Interventionsmethoden

30. bis 31.03.2011; Hennef, Sportschule Hennef

Informationen zur Anmeldung erhalten Sie bei den Kolleginnen der Zentralen Fortbildungsstelle unter 0221 809-4016 oder -4017 sowie via E-Mail an fobi-jugend@lvr.de und per Fax unter 0221 809-4066.

Aktuelle Informationen, eine nähere Beschreibung der Veranstaltungsinhalte sowie Ansprechpersonen für eventuelle Nachfragen finden Sie auf den Internetseiten des Landesjugendamtes www.jugend.lvr.de.

Sie möchten diese Übersicht gerne in Form eines Newsletters direkt in Ihr E-Mail-Postfach bekommen? Dann abonnieren Sie einfach unseren Newsletter »Fortbildungen Jugend«. Und so geht's: www.lvr.de > Mailabo (rechte Seite) anklicken > E-Mailadresse eintragen und Newsletter »Fortbildungen Jugend« auswählen > Absenden > Fertig!

»ganz! Treffend« – Ganztagschulen als Orte der Begegnung

Ganztagsmesse für die Primarstufe und die Sekundarstufe I am 25. Mai 2011 in Hamm

Das Motto der Ganztagsmesse für das Land Nordrhein-Westfalen bestimmt im Jahr 2011 das Programm: Die Zentralhallen Hamm bieten Raum für viel Begegnung. Schulformspezifische und schulformübergreifende Schwerpunkte werden aufgegriffen, exemplarisch vorgestellt und fachlich diskutiert. Die Ganztagsmesse richtet sich an Schulleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte, Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren, Vertreterinnen und Vertreter freier Träger u. a. aus den Bereichen Jugendhilfe, Sport und Kultur und weitere außerschulische Partner sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Schul- und Jugendhilfeverwaltung. Das Tagungsprogramm und Informationen zur Anmeldung finden Sie demnächst unter www.ganztag.nrw.de.

Veranstaltungskalender »Ganztag«

Der Veranstaltungskalender »Ganztag« der Serviceagentur »Ganztätig lernen NRW« steht ab sofort unter www.ganztag.nrw.de online. Die Datenbank bietet allen Interessierten leichten Zugang zu Informationen über Tagungen sowie Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung, die rund um das Thema Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen angeboten werden. Der Online-Kalender enthält Veranstaltungen von anerkannten Trägern der Weiterbildung und anderen gemeinnützig tätigen Einrichtungen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Landesjugendamt Rheinland, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln,
www.lvr.de

Anzeigenwerbung: aweto Verlag – Friedhelm Todtenhöfer
Am Hambuch 7, 53340 Meckenheim, verlag@aweto.de,
www.aweto.de

Verantwortlich: Reinhard ELZER

Erscheinungsweise: 4 x jährlich, kostenlos

Redaktion: Regine TINTNER (rt) (verantwortlich), Tel 0221 809-4024,
regine.tintner@lvr.de

Auflage: 6.800 Stück

Sandra ROSTOCK (sr), Tel 0221 809-4018, sandra.rostock@lvr.de

Im Internet: www.jugend.lvr.de > Service > Publikationen

Texte, Manuskripte an: LVR-Landesjugendamt Rheinland, Jugend-
hilfe-Report, Regine Tintner, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder. Bei unverlangt eingesandten
Manuskripten besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Außer-
dem behalten wir uns Kürzungen der eingesandten Beiträge vor. Die
Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind
urheberrechtlich geschützt.

Titel/Gestaltung: Thomas Nowakowski (tn)

Umschlagdruck: Warlich Druck Meckenheim GmbH

Die Ausgabe enthält eine Beilage der Wolters Kluwer Deutschland
GmbH, 96317 Kronach.

Druck/Verarbeitung: Druckerei des Landschaftsverbandes Rhein-
land. Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier.
